

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Information und Entscheidung zu den Äußerungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
vom 23.05.2022 bis zum 22.06.2022
sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
vom 23.05.2022 bis zum 22.06.2022

Stadt Bitburg, Bebauungsplan ZVB Flugplatz Bitburg Nr. 19 Flugfeld West

Die folgenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden zur Planung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Name der Behörde / des Trägers öffentlicher Belange	Datum der Rückäußerung
01. ADD, Referat 21 b, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier	-
02. Bischöfliches Generalvikariat Trier, Postfach 1340, 54203 Trier	-
03. Bundesforst Bundesforstbetrieb Rhein-Mosel, Grünbacherweg 7, 55774 Baumholder	-
04. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Ostallee 3-5, 54290 Trier	-
05. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Hauptstelle Dortmund - Sparte Portfoliomanagement- Träger öffentlicher Belange (RLP) Nebenstelle Düsseldorf, Fontanenstraße 4, 40470 Düsseldorf	-
06. Deutsche Bahn AG, DB Immobilien Region Mitte, Liegenschaftsmanagement, Camberger Straße 10, 60327 Frankfurt am Main	-
07. Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI 14, Polcher Straße 15-19, 56727 Mayen	14.06.2022
08. Deutscher Wetterdienst, Abteilung Finanzen und Service, Postfach 10 04 65, 63004 Offenbach	17.06.2022
09. DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Am DFS-Campus 10, 63225 Langen	-
10. Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel, Westpark 11, 54634 Bitburg	21.06.2022
11. Eisenbahn-Bundesamt (EBA), Landeseisenbahnverwaltung Rheinland-Pfalz, Untermainkai 23-25, 60329 Frankfurt/Main	-

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

12. Ev. Kirchengemeinde, Trierer Straße 17, 54634 Bitburg	-
13. Forstamt Bitburg, Kleistraße 5, 54634 Bitburg	25.05.2022
14. Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Hohlstr. 12, 55743 Idar-Oberstein	-
15. Handwerkskammer Trier, Loebstraße 18, 54292 Trier	09.06.2022
16. Industrie- und Handelskammer, Herzogenbuscher Straße 12, 54292 Trier	17.06.2022
17. Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg	22.06.2022
18. Stadtverwaltung Trier, Amt für Stadtkultur und Denkmalschutz, Viehmarktplatz 20, 54290 Trier	-
19. Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, Weimarer Allee 1, 54290 Trier	23.06.2022
20. Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, Emy-Roeder-Straße 5, 55129 Mainz	-
21. Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Brunnenstraße 1, 54568 Gerolstein	10.06.2022
22. Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 667C, 55483 Hahn Flughafen	14.06.2022
23. Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz – Dienststelle Trier -, Gartenfeldstraße 12 a, 54295 Trier	20.06.2022
24. LBB-Niederlassung Landau -Abt. Pipeline Maßnahmen, Untertorplatz 1, 76829 Landau	-
25. LBB-Niederlassung Trier, Postfach 34 10, 54224 Trier	09.06.2022
26. Ministerium d. Intern u. für Sport Oberste Landesplanungsbehörde, Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz	-
27. Planungsgemeinschaft Region Trier, Postfach 40 20, 54290 Trier	02.06.2022
28. SGD Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Deworastraße 8, 54290 Trier	09.06.2022
29. Zentrale Forstverwaltung, Le Quatier-Hornbach 9, 67433 Neustadt an der Weinstraße	-
30. Stadtverwaltung Bitburg, Rathaus, 54634 Bitburg	-
31. SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Ostallee 7-13, 54290 Trier	24.05.2022
32. Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3-5, 56068 Koblenz	17.06.2022
33. Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Deworastraße 8, 54290 Trier	29.06.2022
34. Stadtwerke Bitburg, Denkmalstraße 6, 54634 Bitburg	23.05.2022
35. Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel, Im Viertheil 24, 54470 Bernkastel-Kues	-
36. VGV Bitburger Land, Hubert-Prim-Straße 7, 54634 Bitburg	-
37. VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Hüttingen/Kyll	-
38. VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Oberstedem	-
39. VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Röhl	-

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

40. VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Scharfbillig	21.06.2022
41. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn	23.05.2022
42. Westnetz GmbH Regionalzentrum Trier, Eurener Straße 33, 54294 Trier	01.06.2022
43. Regionales Klimabüro Esse des Deutschen Wetterdienstes, Wallneyer Straße 10, 45133 Essen	-
44. BUND, Bahnhof 3, 54662 Speicher	21.06.2022

Es liegen keine Äußerungen / Informationen von neutralen Personen oder Organisationen vor.

Folgende Äußerungen / Informationen aus der Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB) liegen vor:	Kommentierung Planungsbüro / Verwaltung
Nr. 07 Deutsche Telekom, Abteilung Finanzen und Service, Postfach 10 04 65, 63004 Offenbach – Schreiben vom 17.06.2022	Zu Nr. 07
<p>„...Die Telekom Deutschland GmbH – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 125 Abs. 2 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegsicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Gegen die o.a. Planung haben wir keine Einwände.“</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich	

Nr. 08 Deutscher Wetterdienst, Abteilung Finanzen und Service, Postfach 10 04 65, 63004 Offenbach – Schreiben vom 17.06.2022	Zu Nr. 08
<p>„...im Namen des Deutschen Wetterdienstes als Träger öffentlicher Belange bedanke ich mich für die Beteiligung an der Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Stadt Bitburg und der Verbandsgemeinde Bitburger Land für den Bereich des Flugplatzes</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Bitburg sowie Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 19 „Flugfeld West“ des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg.
Ihre Planung wurde anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen durch unsere Fachbereiche geprüft. Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.
Ich möchte Sie allerdings darauf hinweisen, dass aus Sicht des Deutschen Wetterdienstes die Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut Klima zu berücksichtigen sind. Das Vorhaben ist so zu gestalten, dass erhebliche ungünstige Auswirkungen auf das Klima und das Lokalklima vermieden werden. Zusätzlich ist bei dem Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches den Aspekten des Klimaschutzes und denen der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen.“

Kein Beschluss erforderlich

Nr. 10 | Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel, Westpark 11, 54634 Bitburg – Schreiben vom 21.06.2022

Zu Nr. 10

„...wie soeben telefonisch besprochen, sende ich Ihnen unsere Stellungnahme per E-Mail.

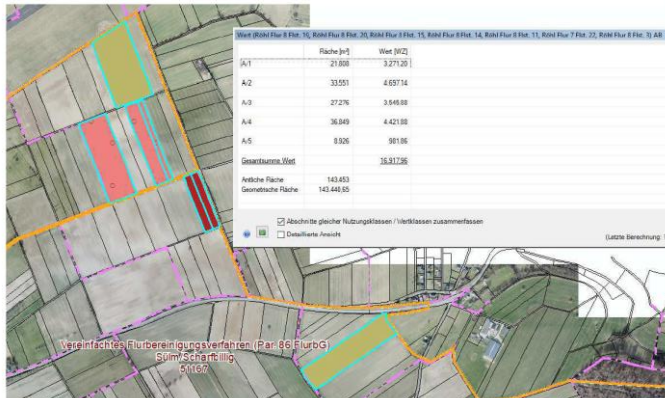
Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 "Flugfeld West" bestehen aus der Sicht der Flurbereinigung grundsätzlich keine Bedenken. Jedoch müssen wir uns bzgl. der Ausgleichsflächen, die innerhalb des Flurbereinigungsgebietes Sülz-Scharfbillig liegen (Gemarkung Röhl, Flur 7, Nr. 22; Flur 8, Nrn. 3, 11, 14, 15, 19 u. 20) noch abstimmen, bevor der städtebauliche Vertrag hierüber mit 30jähriger Laufzeit geschlossen wird. Hier muss eine Lösung gefunden werden, die einer Gestaltung der Landabfindung im Flurbereinigungsverfahren in möglichst großen Grundstücken gemäß § 44 III Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) nicht entgegensteht. Auch für die Ausgleichsflächen wäre es sicherlich wünschenswert, wenn eine zusammenhängende Ausweisung erfolgen könnte.

Die Darstellung der o. g. Flurstücke mit Gesamtfläche und -wert (nach dem Wertermittlungsrahmen im Flurbereinigungsverfahren) füge ich bei.“

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Eine entsprechende Abstimmung mit dem DLR zum Umgang mit den Ausgleichsflächen im Flurbereinigungsgebiet Sülz-Scharfbillig erfolgt durch den Zweckverband vor dem Satzungsbeschluss.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐



Beschluss: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Zweckverband tritt vor Satzungsbeschluss hinsichtlich des Umgangs mit den Ausgleichsflächen in Abstimmung mit dem DLR.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Nr. 13 | Forstamt Bitburg, Kleistraße 5, 54634 Bitburg – Schreiben vom 25.05.2022

Zu Nr. 13

„...es bestehen seitens des Forstamt Bitburg gegen das Vorhaben keine Bedenken. Forstliche Belange sind nicht tangiert.“

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Kein Beschluss erforderlich

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Nr. 15 Handwerkskammer Trier, Loebstraße 18, 54292 Trier – Schreiben vom 09.06.2022	Zu Nr. 15
„...bezugnehmend auf Ihr vorgenanntes Schreiben teilen wir Ihnen mit, dass gegen das o. g. Vorhaben unsererseits keine Bedenken erhoben werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich	
Nr. 16 Industrie- und Handelskammer, Herzogenbuscher Straße 12, 54292 Trier – Schreiben vom 17.06.2022	Zu Nr. 16
„...vielen Dank für die erneute Beteiligung an dem oben genannten Verfahren. Der Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg sowie Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg stehen seitens der Industrie- und Handelskammer Trier weiterhin keine Bedenken entgegen. Wir begrüßen die angestrebte Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen und der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich	
Nr. 17 Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg – Schreiben vom 22.06.2022	Zu Nr. 17
„...zunächst verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 20.11.2020. Nach Anhörung der betroffenen Fachämter unseres Hauses geben wir zu dem nunmehr ausliegenden und von Ihnen mit Schreiben vom 19.05.2022 übersandten Entwurf des	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die mit der Stellungnahme vom 20.11.2020 geäußerten Anregungen wurden bereits abgearbeitet. Die versäumte Korrektur (1.1.1 der Stellungnahme) der Begründung bzgl. der Luftverkehrsflächen wird nachgetragen.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>oben genannten Bebauungsplanes sowie der parallel verlaufenden Änderung des Flächennutzungsplanes für die Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm folgende zusammengefasste Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB ab:</p> <p>1. Bauwesen Flächennutzungsplan:</p> <p>1.1. Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird in Prioritäten / Teilbereiche A und B untergliedert. Priorität A umfasst dabei den Geltungsbereich des parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 19 „Flugfeld West“. Aufgrund dieses Parallelverfahrens wird in der Begründung zur Änderung des FNP insbesondere auch auf die weitergehenden Erläuterungen zur Planung im Rahmen des vorgenannten B-Plans verwiesen. So wird beispielsweise der erstellte Umweltbericht gleichermaßen für beide Bauleitplanverfahren herangezogen. Dieser Umweltbericht bezieht sich jedoch nur auf dem Teilbereich Priorität A. Für den Teilbereich B hingegen sind weitere Untersuchungen etc. vorgesehen und erforderlich. Insoweit fehlt es für den Teilbereich B derzeit an wesentlichen Bestandteilen für die Änderung des FNP. Weiterhin bezieht sich der auch in der öffentlichen Bekanntmachung verwendete Lageplan nur auf den Bereich Priorität A. Wir weisen darauf hin, dass eine Genehmigung des FNP für den Teilbereich B aufgrund dieses Umstands derzeit nicht in Aussicht gestellt werden kann. Daher sollte zu gegebener Zeit auch nur die Genehmigung des räumlichen Teilbereichs Priorität A beantragt werden.</p> <p>1.2. Sofern der vorliegende Umweltbericht sowohl Teil der Begründung im B-Plan- als im FNP-Verfahren sein soll, empfehlen wir, diesen auch entsprechend zu bezeichnen.</p> <p>1.3. Die geplante Hapterschließung ist als „nachrichtliche Übernahme“ im FNP dargestellt. Grundsätzlich können Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge gem. § 5 Abs. 2 Nr. 3 BauGB auch im</p>	<p>Aufgrund der benannten Aspekte kann für den FNP im ersten Schritt nur für den Bereich mit der Priorität A eine Genehmigung beantragt werden.</p> <p>Die Bezeichnung des Umweltberichtes wird überarbeitet, sodass die Zugehörigkeit zum Bebauungsplan sowie FNP deutlich wird.</p> <p>Die Legende wird entsprechend überarbeitet.</p>
---	--

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

FNP dargestellt werden. Wir empfehlen daher, die Legende entsprechend anzupassen.

Weiterhin hat die geplante Hapterschließung offensichtlich keinen direkten Anschluss an die bisher im FNP dargestellten öffentlichen Verkehrsflächen. Dies wird auch in der Begründung so wiedergegeben. Aussagen dazu, wie eine verkehrliche Anbindung vorgesehen ist, fehlen dagegen vollständig. Grundsätzlich sollte im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens auch die Erschließung des jeweiligen Plangebietes geregelt werden. Die Planung ist dahingehend zu überarbeiten.

Im Bereich des Flurstücks 62/56 ist die Anbindung der neuen Erschließungsstraße des Plangebietes an die bestehende Verkehrsfläche via Kreisverkehr vorgesehen (siehe folgende Abbildung). Im Sinne einer gesicherten Erschließung wird hierzu der Bebauungsplan Nr. 14 Shelter Bereich A 3. Änderung aufgestellt.

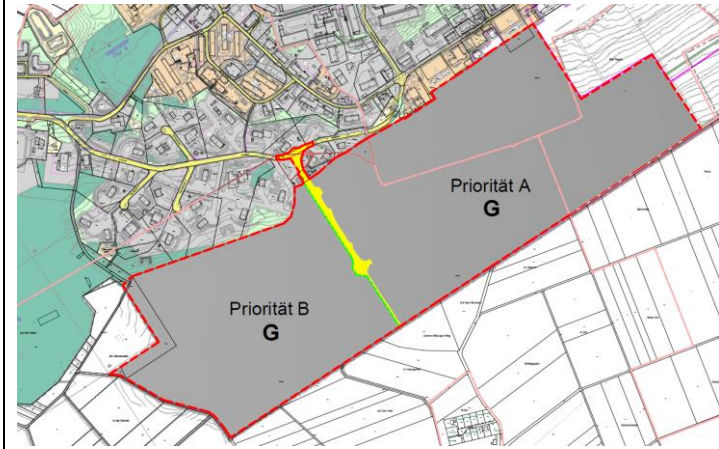


Wie auf dem oben abgebildeten Auszug aus dem Bebauungsplanentwurf zu erkennen, grenzt der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 19 (rot gestrichelte Linie) unmittelbar an die festgesetzte Straßenverkehrsfläche an. Auf diesem Weg wird das Plangebiet an die Straße zur Startbahn angebunden, sodass eine gesicherte Erschließung gegeben ist.

Der Flächennutzungsplan wird ebenfalls dahingehend überarbeitet und der Geltungsbereich um die

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

betreffende Verkehrsfläche erweitert (siehe folgende Abbildung).



- 1.4. Wir verweisen auf Ziffer 1.1.1 unserer Stellungnahme vom 20.11.2020. Die laut Abwägungstabelle vorgesehene Berichtigung ist nicht erfolgt und sollte nachgeholt werden.

Bebauungsplan:

- 1.5. Das vorgesehene Bebauungsplangebiet ist nicht aus dem wirksamen gemeinsamen Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Bitburger Land und der Stadt Bitburg entwickelt worden. Aus diesem Grund wird derzeit im Parallelverfahren (§ 8 Abs. 3 BauGB) auch der betreffende Flächennutzungsplan geändert. Dabei muss im Verfahren für den Bebauungsplan der Stand der Planungsarbeiten am Flächennutzungsplan in ausreichendem Maße dargelegt und nachgewiesen werden.
Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass im Parallelverfahren ein Bebauungsplan erst dann in Kraft gesetzt werden kann, wenn für den Flächennutzungsplan zumindest materielle "Planreife" eingetreten ist (vgl.

Die Begründung zum FNP wird entsprechend berichtigt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und bei der Bekanntmachung berücksichtigt.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Ernst-Zinkahn-Bielenberg Nr. 48 zu § 8 BauGB). Wird ein Bebauungsplan nach § 8 Abs. 3 Satz 2 BauGB vor dem Flächennutzungsplan bekannt gemacht, so bedarf er gemäß § 10 Abs. 2 BauGB der Genehmigung. Wir empfehlen daher, den Bebauungsplan in zeitlicher Hinsicht erst nach dem FNP in Kraft zu setzen.</p> <p>1.6. Der vorgesehene Geltungsbereich des Bebauungsplans besitzt derzeit keinen direkten Anschluss an eine öffentliche Verkehrsfläche. Zwar wird dort eine öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt; diese führt jedoch nicht bis zum Anschluss an die Straße „Zur Startbahn“. Laut Begründung ist eine entsprechende Ausbauplanung vorgesehen, die in der Planzeichnung lediglich nachrichtlich enthalten ist. Insoweit verweisen wir nochmals auf Ziffer 2.1.3 unserer Stellungnahme vom 20.11.2020. Die Festsetzung von Verkehrsflächen ist zwingende Voraussetzung im Rahmen der Aufstellung eines qualifizierten B-Plans (§ 30 BauGB). Eine gesicherte Erschließung ist zudem elementare Voraussetzung, um entsprechende Baugenehmigungen auf Grundlage des künftigen B-Plans erteilen zu können. Wir regen daher erneut an, den Geltungsbereich um die geplante Erschließungsstraße zu erweitern.</p> <p>1.7. In der Begründung, Ziffer 11.4.6 wird hinsichtlich des Immissionsschutzes ausgeführt, dass auf eine Lärmkontingentierung verzichtet wurde. Vielmehr solle ein Einzelfallnachweis für jedes einzelne Bauvorhaben vorgelegt werden, welcher dann im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens geprüft wird. Wir weisen darauf hin, dass bei Einhaltung der Festsetzungen eines qualifizierten B-Plans (§ 30 BauGB) grundsätzlich ein Anspruch auf Baugenehmigung besteht. Laut vorliegenden Unterlagen ist die Festsetzung eines Industriegebietes ohne weitergehende Lärmkontingentierung beabsichtigt. Auch wenn das derzeit konkret im Raum stehende Bauvorhaben den Ausführungen in der Begründung nach keinen Konflikt zu den nächstgelegenen Wohnbebauungen hervorrufen wird, sind aufgrund der Festsetzungen des B-Plans auch andere Bauvorhaben dort möglich. Wir weisen</p>	<p>Im Sinne einer gesicherten Erschließung wird der Bebauungsplan Nr. 14 Shelter Bereich A 3. Änderung aufgestellt. Siehe hierzu auch Erläuterungen unter Punkt 1.3.</p> <p>Im Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ ist die beschriebene Verkehrsplanung nachrichtlich hinterlegt.</p> <p>Eine Lärmkontingentierung eines Industriegebietes ist lediglich dann von § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO gedeckt, wenn ein Teilgebiet von einer Emissionsbeschränkung ausgenommen wird. Dies ist im vorliegenden Fall nicht möglich.</p> <p>Da es sich um einen Angebotsbebauungsplan handelt, wurden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens überschlägige Berechnungen durchgeführt.</p>
--	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>ausdrücklich darauf hin, dass eine darüberhinausgehende wirksame Lärmbegrenzung nur mittels expliziter Festsetzungen im B-Plan erreicht werden kann.</p>	<p>Im Zuge eines sich anschließenden Baugenehmigungsverfahrens sind die Belange des Immissionsschutzes umfassend zu prüfen. Auch in der Baugenehmigung können entsprechend einzuhaltende Auflagen erteilt werden.</p>
<p>1.8. Die Notwendigkeit zur Vorlage von schalltechnischen Gutachten im Rahmen jedes Bauantragsverfahrens sollte in die Hinweise aufgenommen werden.</p>	<p>Ein entsprechender Hinweis wird aufgenommen.</p>
<p>1.9. In Textfestsetzung Ziffer 1.2.1 wird die GRZ für den gesamten Geltungsbereich des B-Plans gemäß § 19 Abs. 3 Satz 3 BauNVO auf 0,8 festgesetzt. Die hier zitierte Vorschrift ist nicht einschlägig. Allenfalls könnte stattdessen § 17 BauNVO gemeint sein.</p>	<p>Die zitierte Vorschrift wird entsprechend in den Festsetzungen geändert.</p>
<p>1.10. Ebenfalls in Textfestsetzung Ziffer 1.2.1 wird die Ausnahmeregelung des § 19 Abs. 4 BauNVO zum Bestandteil des B-Plans gemacht. Die Festsetzung umfasst jedoch nicht alle in § 19 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 – 3 BauNVO genannten Anlagen (z.B. fehlen die baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird). Insoweit kann dies zu Unklarheiten führen, wie diese Anlagen zu werten sind. Die Festsetzung sollte daher redaktionell überarbeitet werden.</p>	<p>Die zitierte Vorschrift wird entsprechend konkretisiert.</p>
<p>1.11. Wir verweisen auf Ziffer 2.1.1 unserer Stellungnahme vom 20.11.2020. Die laut Abwägungstabelle vorgesehene Berichtigung ist nicht erfolgt und sollte nachgeholt werden.</p>	<p>Die Rechtsgrundlage wird ergänzt.</p>
<p>2. Naturschutz und Landschaftspflege</p>	
<p>Zum oben genannten Planungsvorhaben haben wir im Verfahren der Landesplanerischen Stellungnahme sowie im ersten Beteiligungsschritt zur Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung eines Bebauungsplanes jeweils</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

umfassend Stellung genommen anhand der vorgelegten Unterlagen. Hierauf verweisen wir ausdrücklich.

Auszug aus der Landesplanerischen Stellungnahme der Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm vom 21.02.2020:

„[...]“

1. Beschreibung des Planvorhabens [...]

2. Zu beachtende und zu berücksichtigende Ziele und Grundsätze der Raumordnung:

Bei der anstehenden Bauleitplanung müssen folgende Ziele und Grundsätze der Raumordnung und Landesplanung mit Bezug zur Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen beachtet bzw. berücksichtigt werden.

Landesentwicklungsprogramm (LEP IV):

Z 40 Die Stadt Bitburg ist gemeinsam mit der Stadt Neuerburg als kooperierendes Mittelzentrum festgelegt.

G 52 Das bestehende Angebot an Gewerbe- und Industrieflächen soll vorrangig genutzt werden. Begründung: „Rheinland-Pfalz verfügt über ein umfassendes Angebot an bauleitplanerisch gesicherten Flächen für gewerbliche und industrielle Nutzungen sowie eine Vielzahl von Flächen der industriellen und militärischen Konversion in allen Landesteilen. Vor diesem Hintergrund ist ein effizienter Umgang mit den bereits verfügbaren Flächen erforderlich. Die gewerblich-industrielle Entwicklung ist auf die planungsrechtlich gesicherten Industrie- und Gewerbegebiete sowie Brachflächen zu konzentrieren.“

G 157 Vorhandene Regionalflugplätze / Verkehrslandeplätze sollen bedarfsgerecht gesichert und teils ausgebaut werden.

Regionaler Raumordnungsplan Region Trier (1985, Fortschreibung 1995):

*Auszug aus dem Umweltbericht zu dem Umgang mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung:
„Ziele und Grundsätze der Raumordnung [sind] gemäß Landes- und Regionalplanung zu berücksichtigen. Laut Regionalem Raumordnungsplan der Region Trier ist der Bereich des Flugplatzes noch als landwirtschaftliche Vorrangfläche angegeben; diese regionalplanerische Flächenausweisung von 1985 steht dem bauleitplanerischen Vorhaben inzwischen jedoch nicht mehr entgegen. Insgesamt ist eine Vereinbarkeit des Planungsvorhabens mit den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung gegeben. Dem Planungsvorhaben stehen Erfordernisse der Raumordnung nicht entgegen.“*

Die im Rahmen der Landesplanerischen Stellungnahme vorgetragenen Belange wurden abgearbeitet. Für weitere detaillierte Ausführungen wird auf den Umweltbericht verwiesen.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

- *Der Stadt Bitburg sind neben der Funktion eines Mittelzentrums im verbindlichen regionalen Raumordnungsplan die besonderen Funktionen Wohnen (W) und Gewerbe (G) zugewiesen.*
- *Darüber hinaus ist die Stadt Bitburg in der Teilfortschreibung des regionalen Raumordnungsplanes „Gewerbliche Wirtschaft“, Kap. 3.1.1 ROP, (1995) als landesweit bedeutsamer Gewerbestandort angegeben. (Begründung: Diese Standorte leisten aufgrund ihrer besonderen Lagegunst einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.)*
- *In der Karte des regionalen Raumordnungsplanes ist der Bereich des Flugplatzes als landwirtschaftliche Vorrangfläche angegeben. (Dies beruht insbesondere darauf, dass wegen der Pflicht zur Geheimhaltung militärischer Anlagen diese im Jahr der Rechtskraft des ROP lediglich mit einer „allgemeinen“ Nutzung dargestellt werden durften). Die regionalplanerische Flächenausweisung von 1985 steht dem Vorhaben daher nicht entgegen.*

Entwurf des neuen regionalen Raumordnungsplanes (ROPneu):

- Z 35 *Der Stadt Bitburg sind die besonderen Funktionen **W** (Wohnen), **G** (Gewerbe), **F/E** (Freizeit/Erholung) und **L** (Landwirtschaft) zugewiesen.*
- Z 40 *In den Gemeinden mit der besonderen Funktion Gewerbe ist eine zielgerichtete Gewerbeflächenvorsorge seitens der Gemeinden erforderlich. (...) Die Inanspruchnahme von freien, bereits erschlossenen Industrie- und Gewerbeflächen sowie die Umnutzung von Industrie- und Gewerbebrachen bzw. Konversionsflächen ist grundsätzlich der Erschließung neuer Standorte vorzuziehen.*
- Z 60 *Die Stadt Bitburg wird als Gewerbestandort mit überregionaler Bedeutung festgelegt.*
- Z 63 *In den Gewerbestandorten mit überregionaler und regionaler Bedeutung sind die flächenmäßigen und infrastrukturellen*

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>G 212</p>	<p><i>Voraussetzungen für die Sicherung und Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Funktionen vorrangig zu verbessern.</i></p> <p><i>Die in der Region Trier vorhandenen Verkehrslandeplätze, Verkehrsplätze und Sonderlandeplätze sollen langfristig für den regionalen Luftverkehr gesichert werden.</i></p> <p><i>aus den Erläuterungen zum ROP(neu)2013: „Da eine fliegerische Anschlussnutzung am Standort Bitburg derzeit nicht absehbar ist, sollen anderweitige Entwicklungsoptionen für das Gelände durch die Grundsatzfestlegung der Regionalplanung nicht behindert werden.“</i></p>	
	<p>3. Beurteilung der Vereinbarkeit des Planungsvorhabens mit den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung:</p> <p><i>Der Stadt Bitburg ist u. a. die besondere Funktion Gewerbe und auch die eines überregionalen Gewerbestandortes zugewiesen.</i></p> <p><i>Die Umwandlung der bisherigen Flugbetriebsfläche in eine Gewerbe- und Industriefläche steht damit im Einklang mit G 52 LEP IV, Kap. 3.1.1 ROPI (Teilfortschreibung 1995) sowie Z 35 und Z 40 ROPneu. Besonders die Inanspruchnahme bestehender Konversionsflächen zu einer gewerblich-industriellen Nutzung ist im Hinblick auf die landes- und regionalplanerischen Erfordernisse zu begrüßen.</i></p> <p><i>Gemäß G 157 LEP IV sollen vorhandene Regionalflugplätze / Verkehrslandeplätze bedarfsgerecht gesichert und teils ausgebaut werden.</i></p> <p><i>Der Grundsatz G 157 des LEP IV steht nicht im Widerspruch zur vorgesehenen Planung, sofern die angefragte Fläche außerhalb der für die zukünftige fliegerische Nutzung vorgesehenen Flugbetriebsfläche liegt und die „bedarfsgerechte“ Nutzung des zukünftigen Verkehrslandeplatzes nicht beeinträchtigt wird.</i></p>	
	<p>4. Weitere Hinweise von im Verfahren beteiligten Fachbehörden (teilweise in Auszügen)</p>	

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Im Rahmen des Verfahrens zur Erstellung der vorliegenden landesplanerischen Stellungnahme wurden relevante Träger öffentlicher Belange über die vorgesehene FNP-Änderung informiert und um Stellungnahme bis zum 06.02.2020 (Eingang bei der Kreisverwaltung) gebeten, sofern Bedenken von raumordnerischer Relevanz bestehen. Die wesentlichen aufgebrachten Anmerkungen und Bedenken mit direktem Bezug zur vorliegend angefragten Flächennutzungsplanänderung werden im Folgenden zur Berücksichtigung im weiteren Bauleitplanverfahren zusammengefasst aufgeführt.

Deutsche Telekom

„Gegen die Planung für den Prioritätsbereich A haben wir keine Einwände. Am südlichen Rand des Prioritätsbereichs B verläuft eine Telekommunikationslinie, die Lage ist aus dem beigegefügt Plan (Anm.: Plan als Anlage beigegefügt) ersichtlich.“

LBM RLP, Fachgruppe Luftverkehr

„Die geplanten Gebäude, Parkflächen und Straßen befinden sich im An-/Abflugsektor bzw. im Bereich der seitlichen Übergangsflächen. Hier sind bestimmte Bereiche von Hindernissen freizuhalten. Erst eine konkrete Betrachtung mit Angabe von Maßen (Länge/Höhe/Breite, etc.) kann hier zu Klärung führen. Auf keinen Fall dürfen hier z.B. Schornsteine oder sonstige Abgasanlagen errichtet werden, die gegebenenfalls zu Sichtbehinderungen führen.

Wir weisen schon jetzt auf den Fluglärm in diesem Bereich hin.“ Gemäß G 157 LEP IV sollen vorhandene Regionallugplätze / Verkehrslandeplätze bedarfsgerecht gesichert und teils ausgebaut werden.

Der Grundsatz G 157 des LEP IV steht nicht im Widerspruch zur vorgesehenen Planung, sofern die angefragte Fläche außerhalb der für die zukünftige fliegerische Nutzung vorgesehenen Flugbetriebsfläche liegt und die „bedarfsgerechte“ Nutzung des zukünftigen Verkehrslandeplatzes nicht beeinträchtigt wird.

Untere Naturschutzbehörde des Eifelkreises Bitburg-Prüm

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Auszug: „Das Untersuchungsgebiet ist von hoher ökologischer Bedeutung (S. 126, BNL 2019).) Das Untersuchungsgebiet ist bauplanungsrechtlich als „Außenbereich“ zu werten. Das bedeutet, dass die von § 15 des Landesnaturschutzgesetzes umfassten Magergrünlandbereiche im Planungsgebiet nach § 30 Abs. 2 Satz 2 Bundesnaturschutzgesetz gesetzlich geschützt sind. Entsprechend des Plans „Biotop“ (BNL Petry GmbH, 8.10.2019) sind demnach die für die Planung vorgesehenen Grünlandflächen großflächig nach § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 15 LNatSchG gesetzlich geschützt.

Für ihre Inanspruchnahme kann auf Antrag, und zwar nur dann, wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können, nach § 30 Abs. 3 BNatSchG eine Ausnahme durch die untere Naturschutzbehörde erteilt werden. Sofern die Beeinträchtigungen nicht ausgeglichen werden können, ist eine Befreiung nach § 67 BNatSchG bei der oberen Naturschutzbehörde zu beantragen. Sollten die entsprechenden Prüfungen ergeben, dass weder eine Ausnahme noch eine Befreiung erteilt werden kann, wäre ein unüberwindliches Planungshindernis gegeben.

In Bezug auf artenschutzrechtliche Belange wird in der Voruntersuchung bei BNL 2019 (S. 88 – 94) festgestellt, dass der Verbotstatbestand im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG für den Wiesenpieper erfüllt und bei den ebenfalls nachgewiesenen Arten „Feldlerche“, „Raubwürger“, „Großer Feuerfalter“ und „Mauereidechse“ potenziell erfüllt ist und jeweils weitere Detailuntersuchungen erforderlich sind.(...) Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass für die beispielhaft in der Voruntersuchung genannten CEF-Maßnahmen ein ausreichender (i. d. R. mehrjähriger) Vorlauf erforderlich ist“

Westnetz

Übersendung von Planunterlagen zu im Geltungsbereich vorhandenen Leitungen. „Für die vorhandenen Kabel ist ein Schutzstreifen von 1,0 m Breite freizuhalten, (...).

SGD Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht

„Es wird empfohlen, im weiteren Verfahren möglichst frühzeitig sicherzustellen, dass die gewerbliche bzw. industrielle Erweiterung, unter

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Berücksichtigung der bestehenden Vorbelastung, zu keinen immissionsschutzrechtlichen Konflikten mit den bereits vorhandenen Nutzungen der Umgebung führen wird. Hierbei sind neben den relevanten schutzwürdigen Nutzungen innerhalb der Stadt Bitburg insbesondere auch die Wohnnutzungen der Ortsgemeinden Scharfbillig (in ca. 350 m Entfernung) und Röhl (in ca. 1.000 m Entfernung) zu berücksichtigen. Zur Klärung der immissionsschutzrechtlichen Verträglichkeit wird die Erstellung einer schalltechnischen Untersuchung zur Ermittlung und Beurteilung der Geräuscheinwirkungen (Lärmprognose), die den Anforderungen der Sechsten allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) genügt, für erforderlich gehalten.

SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz

„(...) Für Flächen mit nachgewiesenen schädlichen Bodenveränderungen/Altlasten wird die Erarbeitung eines Sanierungsplanes gemäß den bodenschutzrechtlichen Bestimmungen erforderlich. Dies betrifft insbesondere Teilflächen im Plangebiet B, die sehr hohe Belastungen mit per- und polyfluorierten Chemikalien aufweisen.

Für Plangebiet Priorität A sollte die Belastungssituation durch ergänzende Untersuchungen verifiziert werden (...).“

Aufgrund der ggf. anstehenden großflächigen Änderungen (Überformung des Einzugsgebietes) ist festzuhalten, dass im Rahmen der Gesamtentwässerungsplanung ein neues Wasserrecht unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Gegebenheiten (z.B. Aussagen zu PFC-Belastungen) zu beantragen sein wird.“

Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung

„Das Plangebiet ist im Anlagenschutzbereich der Flugsicherungsanlage Nattenheim VORTAC belegen ist. Je nach Verortung, Dimensionierung und Gestaltung von Bauvorhaben besteht daher die Möglichkeit der Störung dieser Flugsicherungseinrichtung. (...). Die Entscheidung gemäß § 18a

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Luftverkehrsgesetz (LuftVG), ob die Flugsicherungseinrichtungen durch einzelne Bauwerke gestört werden können, wird getroffen, sobald über die zuständige Luftfahrtbehörde des Landes die konkrete Vorhabenplanung (z.B. Bauantrag) vorgelegt wird.“

Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz

„(...) Bedenken bestehen hinsichtlich der mit der Planung einhergehenden potentiellen Ausgleichsmaßnahmen. Bei den für eine Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung vorgesehenen Flächen handelt es sich um gut zu bewirtschaftende Flächen, die bedeutend für die regionale Agrarstruktur und die umliegenden Betriebe sind (tw. Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft). Eine pauschale Extensivierung wird abgelehnt. Produktionsintegrierte Maßnahmen (z.B. Anbau von Sommergetreide, Anlage von Lerchenfenstern im Acker) sind einer pauschalen Extensivierung vorzuziehen. Im Rahmen der Festlegung der Ausgleichsmaßnahmen bitten wir um Beteiligung und Abstimmung.“

Generaldirektion Kulturelles Erbe RLP

„In dem Planungsgebiet sind uns zwei archäologische Fundstellen – eine ausgedehnte römische Siedlungsstelle und ein (zugehöriger) römischer Bestattungsplatz – bekannt, die bereits in der Zeit vor der Errichtung des Flugplatzes zu Beginn des 20. Jahrhunderts entdeckt wurden und im Grenzbereich von Fläche „Priorität A“ und Fläche „Priorität B“ zu verorten sind. (...) Um Art und Umfang von durch die Planung betroffenen archäologischen Befunden festzustellen, sind nach Auffassung der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier in den bislang unversiegelten Bereichen des Plangebietes im Rahmen einer Sachverhaltsermittlung im Vorfeld von Eingriffen jeglicher Form geophysikalische Prospektionen (Magnetik) nach archäologischen Vorgaben durchzuführen. Erst aufgrund der Prospektionsergebnisse kann dann die weitere bodendenkmalpflegerische Begleitung des überplanten Areals erfolgen.“

BUND Kreisgruppe Bitburg-Prüm

„(...) in die nachfolgende Bauleitplanung ist folgender Vermerk aufzunehmen:
Bei Untersuchungen im Zusammenhang mit der Verwertung oder Beseitigung

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

von Bodenaushubmassen ist aufgrund der nachgewiesenen Belastungen der Parameter PFT/PFC (per- und polyfluorierte Chemikalien) mit zu berücksichtigen (insbesondere Untersuchungen im Eluat). Bodeneingriffe sind fachgutachterlich zu begleiten und bezüglich der PFC-Belastungen zu überprüfen. Über den Umgang mit PFC-belasteten Böden ist dann auf der Basis eines von der SGD Nord genehmigten Sanierungsplans bzw. im Einzelfall zu entscheiden. Vor dem Bau von Mulden oder Gräben für die Niederschlagsbewirtschaftung ist zu gewährleisten, dass im Versickerungsbereich keine Belastungen mit PFC oder anderen Schadstoffen vorliegen bzw. diese vorab beseitigt werden.

Weiterer Erkundungsbedarf hinsichtlich des Wirkungspfad des Boden-Grundwasser ist notwendig. In einem Text-Erläuterungsteil soll dies in den FNP aufgenommen werden als Hinweis für Bebauungspläne und Bauanträge.“ Ergänzend wird seitens des BUND ausführlich Stellung genommen zu möglichen Altlasten, insbesondere PFT auf dem Gelände. Aufgrund des Umfangs der Stellungnahme (Teil II) wird diese hier nicht zitiert sondern als Anlage beigefügt.

Kreisverwaltung Amt 06, Bauaufsicht

„Die vorgesehene Planung liegt im Bereich des gemeinsamen Flächennutzungsplanes „Ehemalige Air Base Bitburg“ der Stadt Bitburg und der Verbandsgemeinde Bitburg-Land. Im Flächennutzungsplan ist der Planbereich als „Umgrenzung der Flächen für den Luftverkehr, Flughafen“ dargestellt. Es handelt sich um eine nachrichtliche Übernahme von Fachplanungsrecht im Sinne § 5 Abs. 4 BauGB (Luftverkehrsrecht). Der Flächennutzungsplan wurde am 06.10.2003 genehmigt und ist durch öffentliche Bekanntmachung vom 01.11.2003 wirksam.

Grundsätzlich bestehen unsererseits keine Bedenken, die im Antrag mit Priorität A bezeichnete Fläche als gewerbliche Bauflächen (G) nach § 1 Abs. 1 BauNVO auszuweisen. Hinweise:

Die Ausweisung der Flächen bedarf einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Auf dem ehemaligen Flugplatzgelände mussten viele Zufahrtswege (Straßen) über Baulast öffentlich-rechtlich gesichert werden, damit nachfolgend

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Baugenehmigungen mit gesicherter Erschließung erteilt werden konnten. Hinsichtlich der Größe des geplanten Projektes und der zu erwartenden Verkehrslast ist es hier jedoch zwingend, dass die erforderlichen öffentlichen Verkehrsflächen im Bebauungsplan festgesetzt und gewidmet werden.“

NaBu Gruppe Südeifel

Stellungnahme ebenfalls in Anlage. Auszug:

„(...) bei den Grünflächen auf dem Flugfeld handelt es sich um wertvolle magere Wiesen vom FFH-Lebensraumtyp 6510 'Glatthaferwiesen'. Kartiert wurden auch Teilbereich mit wertvollen Calluna-Heiden. Auch im Jahr 2018 und 2019 durchgeführte Kartierungen brachten noch sehr gute Ergebnisse besonders für einige seltene Vogelarten wie Raubwürger und Orpheusspötter, Feldlerche und Wiesenpieper. (...)“

Ergänzend werden Bedenken bzgl. der Eignung und Verfügbarkeit von Ausgleichsflächen sowie negative Auswirkungen durch erhöhtes Verkehrsaufkommen geäußert.

„In der jetzigen Form können wir den Planungen nicht zustimmen. Hier muss erheblich nachgebessert oder verkleinert werden“

5. Zusammenfassung

Bei Beachtung bzw. Berücksichtigung der in der landesplanerischen Beurteilung enthaltenen Punkte (siehe Kapitel 2 und 3) stehen dem Planungsvorhaben Erfordernisse der Raumordnung nicht entgegen.

Die in dieser Stellungnahme angegebenen Ziele der Raumordnung (Z) sind zu beachten (Letztentscheidungscharakter), während die Grundsätze der Raumordnung (G) im weiteren Verfahren berücksichtigt werden müssen.

Ebenfalls müssen die landesplanerische Stellungnahme und die in Aufstellung befindlichen Ziele der Raumordnung (siehe ROPneu) als sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Bauleitplanung berücksichtigt werden. Abweichungen von den Grundsätzen und sonstigen Erfordernissen der Raumordnung sind im Rahmen der Abwägung in der Bauleitplanung nachvollziehbar zu begründen.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Die in Kapitel 4 nachrichtlich aufgeführten Stellungnahmen beteiligter Fachstellen sind im Rahmen der weiteren Bauleitplanung und anstehenden Genehmigungsverfahren zu prüfen und ggf. zu berücksichtigen.

Darüber hinaus bitten wir um Benachrichtigung der unteren Landesplanungsbehörde über den Voll-zug bzw. die weiteren Verfahrensschritte der Flächennutzungsplanung, um die Meldung der Änderungen für das Raumordnungskataster veranlassen zu können.

Diese Stellungnahme wird im Benehmen mit der Planungsgemeinschaft Region Trier und mit Zustimmung der oberen Landesplanungsbehörde vom 20.03.2020 abgegeben.

Die Verbandsgemeindeverwaltung Bitburger Land und der Zweckverband Flugplatz Bitburg erhalten einen Abdruck der landesplanerischen Stellungnahme zur Kenntnis.

Ergänzend werden im Rahmen der nochmaligen Beteiligung zu den beiden vorgelegten Verfahren folgende Aspekte vorgetragen:

Flächennutzungsplan:

- 2.1. Unter Punkt 5 der vorgelegten „Begründung“ (Stand: 25.4.2022) wird aufgeführt: „Für den Flächennutzungsplan ist nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB und § 1 a BauGB i. V. m. § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen und ein Umweltbericht zu erstellen.“

Die Gesamtfläche des Änderungsbereichs von rund 86 ha ist unterteilt in rund 52 ha, die als Priorität „A“ gekennzeichnet sind, und rund 34 ha mit Priorität „B“. Entsprechend ebenfalls Punkt 5 der Begründung „stellt der Umweltbericht auch nur einen Bezug zu dieser Fläche (zu ergänzen: Teilfläche Priorität „A“) her.“

Für die Teilfläche mit der Priorität „B“ wird in der „Begründung“ festgestellt: „Für die Fläche mit der Priorität B sind derzeit noch keine verbindlichen Aussagen zum Umweltzustand und zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Planung möglich....Ggf. kann eine Genehmigung

Die Begründung wird gemäß dem hier getroffenen Hinweis ergänzt.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>der F-Plan-Änderung für den Teilbereich Priorität B daher erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, nämlich dann, wenn Umweltzustand und Auswirkungen der Planung konkret beschrieben und beurteilt werden können.“</p> <p>Dem schließen wir uns an und halten es entsprechend für sinnvoll, die F-Plan-Änderung derzeit nur für den Teilbereich mit Priorität A zur Wirksamkeit zu führen, da für den Teilbereich mit Priorität B wesentliche erforderliche Unterlagen für die Umweltprüfung und damit für das Verfahren fehlen.</p> <p>2.2. Nach Punkt 1.2 der „Begründung“ der F-Plan Änderung/ Fortschreibung gilt für die geplante Industriegebietsdarstellung: „Derzeit besitzt das Gelände keinen direkten Anschluss an die im FNP dargestellten öffentlichen Verkehrsflächen“. Unseres Erachtens sollte/ müsste jedoch aus den Darstellungen des F-Plan-Änderungsentwurfs hervorgehen, wie die umfangreichen geplanten Gewerbegebietsflächen an öffentliche Verkehrsflächen angeschlossen werden sollen. Sinngemäß gilt dies auch für den Bebauungsplan (s. u.)</p> <p>Bebauungsplan:</p> <p>2.3. Folgende Unterlagen, auf die in der „Begründung Teil 2: Umweltbericht/ Grünordnungsplanung“ im Inhaltsverzeichnis unter „Pläne/ Anhang“ sowie an verschiedenen Textstellen verwiesen wird, sind im aktuellen Beteiligungsverfahren dem Umweltbericht nicht beigefügt und online nicht eingestellt/ abrufbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Biotop- und Nutzungstypenplan • Artenschutzkonzept „Flugfeld Ost“ (2022) • Ökokonto VG Bitburger-Land (2021) • Ausgleichsflächen Röhl/ Scharfbillig (2022) <p>In der „Begründung Teil 1, Städtebau“ sind die beiden letztgenannten Unterlagen („Ökokonto VG Bitburger-Land“, „Ausgleichsflächen“) als Abb. 18</p>	<p>Der FNP soll in einem ersten Schritt nur für den Teilbereich mit der Priorität A zur Wirksamkeit geführt werden.</p> <p>Siehe hierzu Stellungnahme Nr. 17, Punkt 1.3.</p> <p>Der Bebauungsplan wird erneut öffentlich ausgelegt. Im Zuge dessen werden die benannten Unterlagen zur Einsichtnahme mit veröffentlicht.</p>
---	--

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>und Abb. 19 im Textteil zwar vorhanden, aber nur in so stark verkleinerter Form, dass Einzelheiten nicht erkennbar sind, sondern nur die Lage der Flächen im Raum.</p> <p>Die im Umweltbericht (S. 10, Punkt 3.4) aufgeführten Unterlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Avifaunistischer Fachbeitrag – Raubwürger, Stand 31. März 2022 • Avifaunistischer Fachbeitrag, Stand 23. Nov. 2020 <p>sind ebenfalls nicht Bestandteil der online offengelegten Unterlagen.</p> <p>2.4. Die im B-Plan-Entwurf dargestellte „Öffentliche Straßenverkehrsfläche“ hat keinen Anschluss an öffentliche Verkehrsflächen, sondern endet im Norden an einem im B-Plan Nr. 14 (1. Änderung) festgesetzten 10 m breiten Pflanzstreifen und nördlich davon gelegenen „eingeschränkten Gewerbegebietsflächen“. Wir gehen davon aus, dass hier eine B-Plan-Änderung (3. Änderung des B-Plans Nr. 14) unter Abhandlung der betroffenen Umweltbelange erfolgen soll/ vorgesehen ist.</p> <p>2.5. Großflächige Inanspruchnahme von gesetzlich geschütztem Magergrünland: Entsprechend der Angaben im Umweltbericht wurde dafür bei der SGD Koblenz, der zuständigen oberen Naturschutzbehörde, eine Befreiung nach § 67 Bundesnaturschutzgesetz beantragt (Punkt 5.1.1). Zum Zeitpunkt des jetzigen Beteiligungsverfahrens liegt darüber offensichtlich noch keine Entscheidung vor. Wir weisen nochmals darauf hin, dass die Vollzugsfähigkeit des B-Plans von einer positiven Entscheidung in dieser Sache zwingend abhängt. Wir gehen davon aus, dass bei der Erteilung einer Befreiung diese mit umfangreichen Nebenbestimmungen versehen würde.</p> <p>2.6. Artenschutz: „Aufgrund vorliegender Erkenntnisse ist eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG zum Vorhaben zu beantragen, da Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG wegen der Betroffenheit der Feldlerchen</p>	<p>Siehe hierzu Punkt 1.6 der Stellungnahme Nr. 17.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise zum Artenschutz werden bestätigt.</p>
--	--

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>und des Wiesenpiepers durch die Baumaßnahmen berührt werden“ (S. 12, Umweltbericht)...“Bei der zuständigen Naturschutzbehörde wird aktuell eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG bezüglich der Vogelarten Wiesenpieper und Feldlerche angefragt. Das eigentliche Ausnahmeverfahren soll zur späteren Vorhabengenehmigung vollzogen werden“ (S. 14 Umweltbericht).</p> <p>Der letzte zitierte Satz würde u. E. bedeuten, dass der/jeder Bauherr im Bauantragsverfahren einen entsprechenden Ausnahmeantrag stellen und artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen darlegen müsste. Auf die Komplexität der erforderlichen Verfahrensabläufe weisen wir hin. Zudem müsste u. E. zumindest in den „Hinweisen“ des B-Planes ausdrücklich auf diese Notwendigkeit hingewiesen werden. Dies ist im Entwurf des B-Planes bisher nicht der Fall.</p> <p>2.7. Entsprechend Umweltbericht (S. 5) findet eine abschließende (landschaftliche) Vorhabenvisualisierung „im Baugenehmigungsverfahren“ statt. Wurde eine entsprechende Festlegung/ Verpflichtung in den B-Plan übernommen? Andernfalls wäre dies zu ergänzen.</p> <p>2.8. In Festsetzung 1.6 ist festgelegt: „Die Dachflächen aller Gebäude sind mit einem Gesamtflächenanteil von mindestens 40% für die Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung solarer Strahlungsenergie zu nutzen. Hierzu zählen insbesondere Photovoltaik- oder Solarthermieranlagen und vergleichbare Anlagen.“ Wir begrüßen diesen Ansatz, halten aber in Anbetracht der Anforderungen des „Landesgesetzes zur Installation von Solaranlagen“ vom 30. September 2021, das einen Anteil von 60 % Überstellung von Solareignungsflächen sowie auch die Überstellung von Parkplatzflächen bei gewerblich genutzten Neubauten und größeren Parkplatzflächen festlegt für sinnvoll, die Festsetzung an die gesetzliche Vorgabe anzupassen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis zu vorgesehenen Antragsverfahren wird in den Anhang der textlichen Festsetzungen aufgenommen.</p> <p>Die Begründung enthält bereits eine Visualisierung des geplanten Vorhabens (s. Seite 13), sodass ein ergänzender Hinweis nicht als notwendig erachtet wird.</p> <p>Der Planungsträger beabsichtigt, den im Bebauungsplan festgesetzten Anteil von 40 % bebaubarer Dachflächen mit PV-Anlagen zu überschreiten. Mit der Festsetzung von 40 % ist die derzeitige gesetzliche Verpflichtung bereits um 10 % überschritten, sodass die derzeit geltenden rechtlichen Vorgaben in entsprechend berücksichtigt werden.</p>
---	--

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>2.9. Festsetzung 1.9.1 legt fest: „Innerhalb oder entlang der in der Planzeichnung festgesetzten bestehenden privaten Grünfläche mit einer Tiefe von 15 m an der südlichen Baugebietsgrenze ist eine gestufte Bepflanzung aus einheimischen, standortgerechten Laubbäumen gemäß untenstehenden Pflanzlisten (vgl. Punkt 1.9.8) in einer Mindesttiefe von 6 m anzupflanzen. Ergänzende Anpflanzungen mit anderen standortgerechten Gehölzen sind möglich.“ Diese Festsetzung ist zu unbestimmt, um das gewünschte Ziel einer effektiven Blickeinbindung der bis zu 30 m hohen Gebäudekomplexe zu den Ortslagen nach Südosten hin gewährleisten zu können. Hier muss ergänzend eine Vorgabe gemacht werden, wie viele Gehölze mit welchem Anteil an Bäumen/ Baumheistern auf jeweils 10 m Pflanzstreifenlänge/ privater Grünfläche mindestens zu pflanzen sind.</p>	<p>Die Festsetzung wird im Zuge des weiteren Verfahrens entsprechend weitergehend konkretisiert. Hierzu soll auf entsprechende Regelungsvorschläge des Umweltberichts / Grünordnungsplans zur ‚Randlichen Eingrünung‘ zurückgegriffen werden.</p> <p>Die randliche Eingrünung wird gemäß den Vorgaben des Umweltberichtes unter Berücksichtigung von bestehenden Leitungen und der jeweiligen Schutzstreifen im Bebauungsplan festgesetzt.</p>
<p>2.10. Festsetzung 5.1.3 legt zur zeitlichen Umsetzung der Pflanzmaßnahmen auf den privaten Baugrundstücken fest: „...sind spätestens in der Pflanzperiode durchzuführen, die der Nutzungsfähigkeit bzw. Bezugsfertigkeit jeweiliger baulicher Anlagen auf den privaten Baugrundstücken folgt...“. Im Sinne einer zeitnahen Pflanzung sollte die interpretationsfähige Formulierung „Bezugsfertigkeit jeweiliger baulicher Anlagen auf den privaten Baugrundstücken“ geändert werden in „... Bezugsfertigkeit der ersten baulichen Anlage auf dem jeweiligen Baugrundstück“.</p>	<p>Die Festsetzung wird entsprechend konkretisiert.</p>
<p>2.11. Die unter 5.3 des Umweltberichts formulierten „Empfehlungen/ Hinweise“ sollten unter die Hinweise des B-Planes aufgenommen werden.</p>	<p>Die Begründung zum Bebauungsplan wird um die genannten Empfehlungen/ Hinweise ergänzt.</p>
<p>2.12. Im Umweltbericht werden unter 6.2.1 unter dem Stichwort „Ökokonto VG Bitburger-Land“ erforderliche gebietsexterne Kompensationsflächen auf Gemarkung Ließem (1 Flurstück auf Gemarkung Rittersdorf) aufgelistet und Maßnahmen stichwortartig beschrieben. Da die Maßnahmen bisher weder vereinbart noch umgesetzt sind, kann es sich bei dem Titel „Ökokonto“ nur um einen, etwas missverständlichen, Arbeitstitel handeln. Zu ergänzen ist in</p>	<p>Es handelt sich um eine erstellte Konzeption des genannten Ökokontos. Die bis dato nicht umgesetzten Maßnahmen sollen nun im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung vollzogen werden.</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>den einzelnen Flurstücksblättern jeweils eine klare Zieldefinition, an der die Zielerreichung gemessen und Maßnahmen ggf. korrigiert werden können. Entsprechende Pläne auf Luftbildgrundlage im Umweltbericht/ spätestens im Städtebaulichen Vertrag zwischen Planungsträger und Eifelkreis (s. u.) zur jeweiligen Lage und Biotoptypenausstattung/ Lage der Maßnahmen M 1 bis M 5, wären hilfreich und erforderlich. Bei der Maßnahmenbeschreibung (S. 60) sollte ergänzt werden, dass bei erforderlichen Nachsaaten (z. B. wegen Ausfällen oder Wildschweinschäden) ausschließlich das unter M 1 beschriebene Saatgut verwendet werden darf.</p> <p>2.13. Für die unter „6.2.2 Ausgleichsflächen Röhl/ Scharfbillig“ aufgelisteten Flurstücke gelten die unter dem vorigen Punkt aufgeführten Anmerkungen vergleichbar. Weitere Konkretisierungen, spätestens zum Städtebaulichen Vertrag zwischen Planungsträger und Eifelkreis, sind erforderlich. So ist (nur beispielhaft) die Formulierung „gebietseigene Einsaat mit Regio-Saatgut und/ oder Heublumensaat, ggf. auch Selbstbegrünung (S. 63)“ zu unbestimmt. Es müsste ein Mindestkräuteranteil beim Regio-Saatgut vorgegeben werden, ebenso auch, in welchem (prozentualen) Flächenumfang Selbstbegrünung zulässig ist, damit das Erreichen der Zielsetzung gewährleistet ist.</p> <p>2.14. Unter 6.2.3 „Artenschutzkonzept Flugfeld Ost“ werden Maßnahmen zugunsten besonders schutzwürdiger betroffener Vogelarten (Feldlerche, Raubwürger, Wiesenpieper) auf dem Flugfeld im östlich des B-Plans gelegenen Bereich beschrieben und festgestellt: „Eine weitere Detaillierung und Konkretisierung der vorgenannten Maßnahmen des Arten- und Biotopschutzes erfolgt parallel zur Bauleitplanung, verbindlich spätestens zur Satzung des Bebauungsplans. Die Umsetzung der Maßnahmen ist ab dem Jahr 2022 beabsichtigt“. Wir bitten, zu erläutern, wie diese Maßnahmenfestlegungen Verbindlichkeit erlangen sollen.</p>	<p>Die von der Unteren Naturschutzbehörden angeregten Unterlagen und Pläne liegen bereits vollständig vor.</p> <p>Entsprechende vertragliche Vereinbarungen / Regelungen – auch mit dem derzeitigen Eigentümer der Flächen – sind vor Satzungsbeschluss des Bebauungsplans beabsichtigt, inkl. der angeregten Nebenbestimmungen zu Nachsaaten.</p> <p>Entsprechende vertragliche Vereinbarungen / Regelungen – auch mit dem derzeitigen Eigentümer der Flächen – sind vor Satzungsbeschluss des Bebauungsplans beabsichtigt, inkl. der angeregten Nebenbestimmungen zu Einsaaten, ggf. Selbstbegrünungen.</p> <p>Wie bereits (im zitierten nächsten Absatz) des Umweltbericht angegeben, sollen städtebauliche Verträge abgeschlossen werden.</p>
---	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>2.15. Die Zielerreichung „Großflächige Entstehung blüten- und artenreicher Magergrünlandflächen aus regionalem Saatgut“ auf derzeitigen Ackerflächen und Intensivgrünlandflächen ist von zahlreichen Faktoren (Standortverhältnisse, Nährstoffgehalte der Böden, Witterungsverhältnisse bei Ansaat, Samenpotenzial im Boden, Bewirtschaftung, ...) abhängig. Eine fachliche Begleitung/ Monitoring und ggf. Nachsteuerung ist unerlässlich. Dies sollte in den abzuschließenden Städtebaulichen Verträgen berücksichtigt und aufgenommen werden.</p> <p>2.16. Sicherung externer Kompensationsflächen und -maßnahmen Vor Erreichen des sogenannten „33er-Standes“ nach Baugesetzbuch (Vorzeitige Planreife) ist die dauerhafte Flächenverfügbarkeit der vorgesehenen externen Kompensationsflächen für diese Zweckbestimmung sicherzustellen und nachzuweisen. Sofern der Planungsträger nicht Flächeneigentümer ist, hat dies durch Eintrag einer unbefristeten beschränkt persönlichen Dienstbarkeit (die Ausgleichsverpflichtung besteht auf die Dauer des Eingriffs, der nicht zeitlich befristet ist) zugunsten des Planungsträgers und des Eifelkreises Bitburg-Prüm, untere Naturschutzbehörde, als Gesamtberechtigte zu erfolgen. Wenn der Planungsträger Flächeneigentümer ist, ist alternativ auch die Eintragung einer Baulast möglich. Die Maßnahmendurchführung auf den externen Flächen ist parallel durch Abschluss eines Städtebaulichen Vertrages zwischen dem Zweckverband Flugplatz Bitburg als Planungsträger und der unteren Naturschutzbehörde zu gewährleisten.</p> <p>2.17. Vor Inkrafttreten des B-Plans (bzw. mit Erreichen des sogenannten „33er-Stands“ nach BauGB) müssen vom Träger der Bauleitplanung oder durch einen von ihm beauftragten Dritten Eingriff und Kompensation in das digitale Kompensationsverzeichnis des Landes (KSP) entsprechend der Vorgaben der Landeskompensationsverzeichnisverordnung (LKompVzVO) vom</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und entsprechende Regelungen in den städtebaulichen Vertrag eingebunden. Entsprechende Überwachungsmaßnahmen sind bereits im Umweltbericht (Kap. 8) beschrieben.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass unbefristete Pachtverträge nicht zulässig sind, da diesem verfassungsrechtliche Schranken entgegenstehen. Es ist eine befristete persönliche Dienstbarkeit für die Laufzeit von 30 Jahren vorgesehen. Die gewählte Länge der Laufzeit stellt sicher, dass die Maßnahmen ihre volle Wirksamkeit und einen entsprechenden Schutzstatus entfalten können.</p> <p>Zudem wird parallel eine Regelung in den städtebaulichen Vertrag eingebunden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Zweckverband Flugplatz Bitburg trägt Sorge für die Eintragung in das digitale Kompensationsverzeichnis des Landes.</p>
--	--

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>12.06.2018 (GVBl. S. 158) eingetragen und diese Eintragungen durch die Fachbehörde (Untere Naturschutzbehörde) als „ohne Beanstandungen“ verzeichnet worden sein.</p> <p>Begründung: Nach § 4 Abs. 5 Landeskompensationsverzeichnisverordnung sollen die Beteiligten des Eintragsverfahrens auf ihre Pflicht zur Beibringung der eintragungspflichtigen Angaben schriftlich hingewiesen werden. Diese Pflicht resultiert aus § 4 Abs. 1 LKOMPvzVO in Verbindung mit § 10 Abs. 1 LNatSchG, nach dem die Träger der Bauleitplanung alle erforderlichen Angaben digital zur Verfügung stellen müssen.</p> <p>3. Raumordnung und Landesplanung</p> <p>3.1. Die vorliegende Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg war Gegenstand eines Verfahrens zur landesplanerischen Stellungnahme gemäß § 20 Landesplanungsgesetz, das mit unserer Stellungnahme vom 23.03.2020 abgeschlossen wurde. Auf die landesplanerische Stellungnahme vom 23.03.2020 wird verwiesen.</p> <p>4. Denkmalschutz</p> <p>4.1. Gegen die vorgesehenen Untersuchungen gem. § 141 BauGB bestehen aus Sicht der Unteren Denkmalschutzbehörde keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>4.2. Wir verweisen auf Punkt Kultur- und Sachgüter/Bodendenkmalpflege in 6AE-BG.</p> <p>4.3. Hinweis: Sollten gemäß § 17 Denkmalschutzgesetz (DSchG) bei Erdarbeiten, Bau- oder Abbrucharbeiten prähistorische oder historische Gegenstände (bewegliche oder unbewegliche), von denen bei ihrer Entdeckung anzunehmen ist, dass sie Kulturdenkmäler sind oder als solche gelten, gefunden werden, oder Flurdenkmäler durch die Baumaßnahme betroffen sein, ist dies unverzüglich der Denkmalfachbehörde (Generaldirektion</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis ist bereits Bestandteil der Planunterlagen.</p>
---	--

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Kulturelles Erbe RLP, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier (Rheinisches Landesmuseum), Tel:0651/9774-0 o. landesmuseum-trier@gdke.rlp.de) mündlich oder schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige kann auch bei der Unteren Denkmalschutzbehörde, Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm (Tel: 06561/15-0 o. info@bitburg-pruem.de), der Verbandsgemeindeverwaltung oder der Gemeindeverwaltung erfolgen; diese leiten die Anzeige unverzüglich an die Denkmalfachbehörde weiter. Anzeigepflichtig sind der Finder, der Eigentümer des Grundstückes, sonstige über das Grundstück Verfügungsberechtigte, der Besitzer des Grundstückes und der Leiter der Arbeiten, bei deren Durchführung der Fund entdeckt wurde; die Anzeige durch eine dieser Personen befreit die Übrigen.</p>	
<p>5. Brandschutz</p>	
<p>5.1. Aus brandschutztechnischer Sicht bestehen gegen das Vorhaben keine grundsätzlichen Bedenken.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>5.2. Auf folgende Punkte wird jedoch jetzt schon hingewiesen:</p>	
<p>5.2.1. Zur Löschwasserversorgung muss eine ausreichende Löschwassermenge zur Verfügung stehen. Die Löschwassermenge ist nach dem Arbeitsblatt W 405 des DVGW-Regelwerkes zu bestimmen. (DVGW = Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V.).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>5.2.2. In Abständen von unter 150 m sind Hydranten für Feuerlöschzwecke (DIN EN 14339 bzw. DIN EN 14384) anzuordnen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>6. Wasserrecht</p>	
<p>6.1. Wasserschutz- bzw. Wasservorranggebiete sind von der Planung nicht berührt. Ebenfalls sind keine Gewässer direkt betroffen. Im unmittelbar angrenzenden Bereich befinden sich mehrere Gewässer III. Ordnung z.B. Stedemer Bach und Brückengraben. S.a. Stellungnahme vom 20.11.2020.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>6.2. Änderung/Fortschreibung Flächennutzungsplan Zur Niederschlagswasserbewirtschaftung findet sich nur die allgemeine Anmerkung, dass in der verbindlichen Bauleitplanung ein Entwässerungskonzept für den Teilbereich „Priorität A“ erarbeitet wird. Hier soll die abwassermäßige Erschließung untersucht werden. Für den Teilbereich „Priorität B“ werden hingegen noch keine Aussagen getroffen.</p> <p>6.3. Bebauungsplan für das Teilgebiet Priorität A Ver- und Entsorgung: Zur Regenwasserbewirtschaftung/-Behandlung werden lediglich textliche Aussagen getroffen und die angedachte Vorgehensweise unverbindlich formuliert. In verschiedenen Textstellen ist die Rede von Entwässerungskonzept oder Entwässerungstechnischem Begleitplan. Die angesprochene erarbeitete Planung liegt den Unterlagen nicht bei. Möglichkeiten und beispielhafte Berechnungen der NSW-Bewirtschaftung werden aufgezählt: teilweise soll ein bereits im Osten des Plangebietes vorhandenes Erdbecken zur Rückhaltung genutzt werden. Zudem sollen Mulden und Freigefällekanäle mit unterirdischer Rückhaltung im Baugebiet angelegt werden. Zur Verringerung des erforderlichen Rückhaltevolumens ist die Rede von Dachbegrünungen. Eine mit der zuständigen Wasserbehörde abgestimmte konkrete Entwässerungsplanung für den Teilbereich „Priorität A“ liegt offensichtlich nicht vor.</p> <p>7. Dorferneuerung 7.1. Gegen die vorgesehenen Planungen bestehen aus Sicht der Dorferneuerung keine grundsätzlichen Bedenken.</p>	<p>Für die Fläche mit der Priorität B ist bisher keine nähere Betrachtung erfolgt, sodass der FNP im ersten Schritt nur für das Teilgebiet mit der Priorität A zur Rechtskraft geführt werden soll. In einem möglichen folgenden Baugenehmigungsverfahren ist eine konkrete Entwässerungsplanung zu erarbeiten und zu prüfen. Dies ist kein Bestandteil des Bauleitplanverfahrens.</p> <p>Die benannten Unterlagen werden im Zuge der Erneuten öffentlichen Auslegung zur Einsichtnahme bereitgestellt.</p> <p>Eine konkrete Entwässerungsplanung wird im Rahmen eines entsprechenden Bauantragsverfahrens mit der zuständigen Wasserbehörde abgestimmt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>8. Gesundheitsamt</p> <p>8.1. Aus Sicht des Gesundheitsamtes bestehen keinen Bedenken gegen das o.g. Planungsvorhaben.</p> <p>9. Sonstiges</p> <p>9.1. Wir bitten Sie, die vorstehenden Anregungen und Hinweise im weiteren Verfahren, insbesondere im Rahmen der erforderlichen Abwägung der öffentlichen und privaten Belange, zu beachten und zu berücksichtigen.</p> <p>9.2. Zur Vermeidung unnötiger Verzögerungen im weiteren Verfahren bitten wir darauf zu achten, dass die im Rahmen der Abwägung gefassten Beschlüsse vollständig in den Planunterlagen umgesetzt werden.</p> <p>9.3. Nach Inkrafttreten der Satzung bitten wir Sie, uns eine Mehrausfertigung der Urkunde in analoger sowie digitaler Form zu übersenden.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Kreisverwaltung werden die geforderten Unterlagen nach Inkrafttreten zugestellt.</p>
<p>Beschluss: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die notwendigen Änderungen an den Unterlagen (Plan, Begründung und Festsetzungen) werden durchgeführt. Im Sinne einer gesicherten Erschließung wird ergänzend der Bebauungsplan Nr. 14 „Shelter Bereich A1. Änderung“ aufgestellt und der Geltungsbereich des FNP um die Verkehrsfläche ergänzt. Der festgesetzte Anteil von 40 % PV-Anlagen wird nicht erhöht. Im Zuge der Erneuten öffentlichen Auslegung werden alle notwendigen Gutachten zur Einsichtnahme bereitgestellt. Vor Satzungsbeschluss werden vertragliche Regelungen zum Ausgleich und damit verbundenen Maßnahmen geschlossen. Zudem wird die dauerhafte Flächenverfügbarkeit vor Satzungsbeschluss auf geeignete Weise nachgewiesen und durch den Zweckverband Flugplatz Bitburg eine Eintragung in das digitale Kompensationsverzeichnis des Landes vorgenommen.</p>	
<p>Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:</p>	

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Nr. 19 Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, Weimarer Allee 1, 54290 Trier – Schreiben vom 24.06.2022	Zu Nr. 19
<p>„...wie der Planungsträger und die GDKE in einer gemeinsamen digitalen Sitzung am 20.06.2022 zu o. g. Planung besprochen haben, zeichnen sich in den Magnetometer-Messungen, die die Fa. PZP zur bodendenkmalpflegerischen Sachverhaltsermittlung im Plangebiet durchgeführt hat, Anomalien ab, die möglicherweise auf archäologische Befunde zurückgehen. Die Messbilder werden im Rahmen einer für Anfang August vorgesehenen, von der GDKE bodendenkmalpflegerisch begleiteten Baggersondage auf ihre archäologische Relevanz evaluiert. Nach Abschluss der Sondage kann eine abschließende bodendenkmalpflegerische Stellungnahme erfolgen.“</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und die bei der Beprobung gewonnenen Erkenntnisse im Zuge des weiteren Verfahrens berücksichtigt.</p>
Beschluss: Die bei der Beprobung gewonnenen Erkenntnisse im Zuge des weiteren Verfahrens berücksichtigt.	
Nr. 21 Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Brunnenstraße 1, 54568 Gerolstein – Schreiben vom 10.06.2022	Zu Nr. 21
<p>„...das Plangebiet befindet sich entlang einer Stadtstraße. Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt ebenfalls über Stadtstraßen.</p> <p>Wir stimmen der Änderung des Flächennutzungsplanes sowie der Aufstellung des Bebauungsplanes zu.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
Kein Beschluss erforderlich	
Nr. 22 Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 667C, 55483 Hahn Flughafen – Schreiben vom 10.06.2022	Zu Nr. 22
<p>„...mit Schreiben vom 20.05.2022 haben Sie uns über die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplans informiert und uns um Stellungnahme gebeten.</p> <p>das Bauvorhaben befindet sich innerhalb der Hindernisbegrenzungsfläche des Sonderlandeplatzes (VLP) Bitburg im Sinne der „Gemeinsame Grundsätze des Bundes</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Höhenbereichslinien sind nachrichtlich in die Planzeichnung aufgenommen und im Zuge des Bauantragsverfahrens bei der Höhenermittlung der Gebäude zu berücksichtigen.</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb (NfL I 92/13)“.</p> <p>Aus luftrechtlicher Sicht bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Ausweisung des Bauvorhabens in der vorgelegten Fassung, wenn die Hindernisbegrenzungsfläche nicht berührt werden.</p> <p>Der Einsatz von mobilen Autokränen oder sonstigen Kränen ist erneut beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 890, 55483 Hahn-Flughafen zu beantragen. Aufgrund der möglicherweise erforderlichen Beteiligung weiterer Behörden bitten wir um frühzeitige Antragstellung, mindestens 10 Werktage vor dem geplanten Kraneinsatz.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf die Notwendigkeit der Anträge wird hingewiesen.</p>
<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	

<p>Nr. 23 Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz – Dienststelle Trier -, Gartenfeldstraße 12 a, 54295 Trier – Schreiben vom 20.06.2022</p>	<p>Zu Nr. 23</p>
<p>„...zur Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Flugplatz Bitburg, sowie die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 „Flugfeld West“ verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 19.11.2020 und nehmen aus landwirtschaftlicher Sicht wie folgt Stellung:</p> <p>Im Zuge der Rückstufung des Verkehrslandeplatzes hat sich die Flugbetriebsfläche verkleinert. Daher sollen im Plangebiet zusätzliche Gewerbe- und Industriegebiete angesiedelt werden.</p> <p>Gegen diese Planung bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.</p> <p>Mit der Inanspruchnahme der Planflächen innerhalb der bereits entwickelten gewerblich industriellen Nutzung der Gesamtliegenschaft des Flugplatzes Bitburg kann ein Flächenverbrauch im Außenbereich an anderer Stelle vermieden und das Ziel des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden umgesetzt werden.</p>	<p><i>Bei der vorliegenden Stellungnahme handelt es sich um die wortgleiche Formulierung wie die Stellungnahme vom 19.11.2020. Die Abwägung erfolgt entsprechend im selben Wortlaut.</i></p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die landwirtschaftlichen Belange müssen aufgrund vorrangiger natur- und artenschutzrechtlicher Vorgaben im Sinne der bauleitplanerischen Abwägung zumindest teilweise zurückgestellt werden.</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Anders sieht es bei den Kompensationsflächen aus. Flächen und Maßnahmen zum erforderlichen Ausgleich von Eingriffen in Natur- und Landschaft sind außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Hier werden im erheblichen Maße landwirtschaftliche Flächen herangezogen. Ein flächenschonender Umgang mit landwirtschaftlichen Nutzflächen ist nicht erkennbar.

Gegen diese Planung bestehen daher erhebliche Bedenken von Seiten der Landwirtschaft.

Bei den südlich angrenzenden Flächen handelt es sich gemäß dem Regionalen Raumordnungsplan Region Trier 1985 um sehr gut bis gut geeignete landwirtschaftliche Nutzflächen (vgl. Abb. 1). Gemäß dem Neuentwurf zum Regionalen Raumordnungsplan von 2014 werden überwiegend landwirtschaftliche Vorrangflächen und Vorbehaltsflächen dargestellt (vgl. Abb. 2, lila: Vorrangflächen, grün: Vorbehaltsflächen).

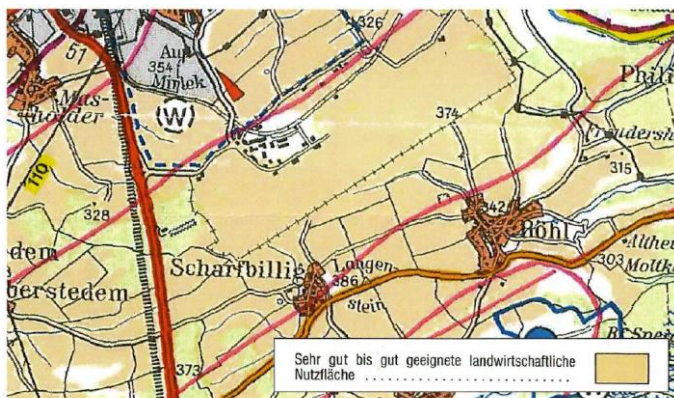
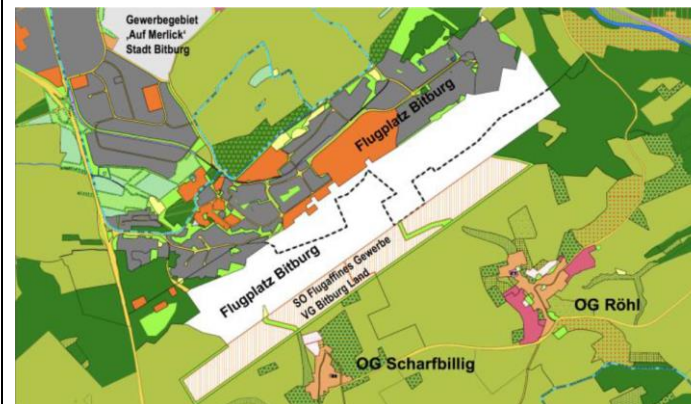


Abb. 1: Regionaler Raumordnungsplan Trier 1985

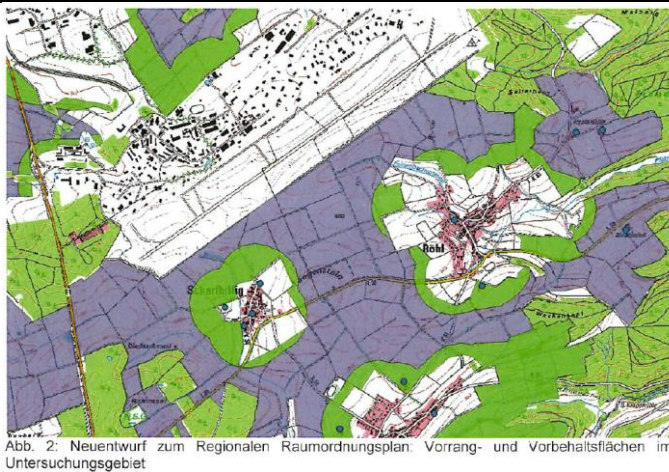
Die beabsichtigten Ausgleichsflächen sollen jedoch überwiegend extensiv bewirtschaftet werden; insofern ist eine landwirtschaftliche Nutzung auch künftig grundsätzlich vorgesehen.

Die natur- und artenschutzrechtlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen sollen durch örtliche Landwirte im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen umgesetzt werden. Somit soll die örtliche Landwirtschaft grundsätzlich mit einbezogen werden, um den geäußerten Bedenken zu entgegnen.



Wie aus der obenstehenden Abbildung ersichtlich, ist im derzeit gültigen Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Bitburger Land im Süden des Flugplatzgeländes bereits eine großflächige, gewerbliche Baufläche dargestellt. Diese reicht fast

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐



bis an die Ortslage Scharfbillig heran. Sie deckt sich in weiten Teilen mit den gewählten Ausgleichsflächen, sodass hier kein Konflikt mit der Landwirtschaft zu erwarten ist.

Es handelt sich um sehr gut zu bewirtschaftende landwirtschaftliche Nutzflächen mit hohen Ertragspotentialen. Dies spiegelt sich auch in den hohen Ackerzahlen der Parzellen wieder. Zudem wirtschaften noch zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe in den umliegenden Gemeinden, die insbesondere auf hofnahe Flächen angewiesen sind. Es besteht ein hoher Flächendruck, der durch gesetzliche Vorgaben, wie beispielsweise die Düngeverordnung, aber auch durch den Klimawandel und den landwirtschaftlichen Strukturwandel verstärkt wird. Dabei stellt die Flächenbewirtschaftung die wichtigste Existenzgrundlage der landwirtschaftlichen Betriebe dar.

Die Externen Kompensationsmaßnahmen sind daher im Vorfeld eng mit der Landwirtschaft, sowohl den Vertretern, als auch mit den Bewirtschaftern vor Ort abzustimmen. Ein Ausgleich auf landwirtschaftlichen Vorrangflächen wird grundsätzlich abgelehnt.“

Beschluss: Die Bedenken der Landwirtschaftskammer werden zur Kenntnis genommen, müssen jedoch wegen vorrangiger anderer Belange zurückgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:	
--	--

Nr. 25 LBB-Niederlassung Trier, Postfach 34 10, 54224 Trier – Schreiben vom 09.06.2022	Zu Nr. 25
„...die LBB Niederlassung Trier hat den Auftrag zur Untersuchung von Altlasten und Kampfmittel in verschiedenen Bereichen des Flugplatzes Bitburg. Für weitere Informationen und den genauen Abschluss bzw. Sachstand steht Ihnen unser Projektbearbeiter für den Bereich Altlastenbeseitigung Herr Tautges Tel. 0651 2093 395 gerne zur Verfügung.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich	

Nr. 27 Planungsgemeinschaft Region Trier, Postfach 40 20, 54290 Trier – Schreiben vom 02.06.2022	Zu Nr. 27
„...im Rahmen der Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Stadt Bitburg und der Verbandsgemeinde Bitburger Land für den Bereich des Flugplatzes Bitburg sowie Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 23.11.2020 im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB). Wir bitten, die dort genannten Belange im Rahmen des weiteren Verfahrens zu berücksichtigen. Darüber hinaus werden von Seiten der Regionalplanung keine weiteren Anregungen vorgetragen.“	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich	

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Nr. 28 SGD Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Deworastraße 8, 54290 Trier – Schreiben vom 09.06.2022	Zu Nr. 28
<p>„...zu der o.g. Bauleitplanung nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>Bodenschutz: Änderung des Flächennutzungsplans Aus bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die beabsichtigte Fortschreibung des Flächennutzungsplans keine Bedenken.</p> <p>Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 19 „Flugfeld West“ Planurkunde</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Vorfestlegung einer Fläche zur Ablagerung von PFC-belasteten Böden (15.8.) wird nicht zugestimmt. Die Darstellung dieser Fläche in der Planurkunde ist zu entfernen. Die Vorfestlegung aus Abschnitt 2 Punkt 9, dass PFC-haltiges Bodenmaterial unter einer versiegelten Fläche gesichert wird, genügt vorerst. Die genaue Standortprüfung und Entscheidung für den gesicherten Einbau für PFC-haltige Böden kann erst unter Vorlage entsprechender Antragsunterlagen im Rahmen einer bodenschutzrechtlichen Sanierungsplanung erfolgen, um sicherzustellen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird. 2. In der Legende weist die Bezeichnung unter 15.12. Dopplungen auf. Wir bitten dies nochmals zu überprüfen. 3. Bei der Darstellung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, handelt es sich um einen nicht abschließenden Entwurf. Der Entwurf der Flächenabgrenzung basiert auf dem Berichtsentwurf „Planung Sicherungsmaßnahme Phase IIIa“ vom Büro für Umweltplanung vom 26.01.2022. <p>Zudem liegt uns die „Stellungnahme Altlasten“ des Büros für Umweltplanung vom 07.03.2022 nicht vor. Wir bitten diese zur Vervollständigung unserer Unterlagen nachzureichen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die im Plan dargestellte Fläche zur Ablagerung von PFC-belasteten Böden wird entfernt. Eine genaue Standortprüfung erfolgt, wie dargestellt, im Rahmen einer bodenschutzrechtlichen Sanierungsplanung.</p> <p>Die Bezeichnung in der Legende wird überarbeitet.</p> <p>Die konkrete Sanierungsplanung wird mit der SGD Nord in einem gesonderten Verfahren erstellt.</p> <p>Die Stellungnahme des Büros für Umweltplanung wird nachgereicht.</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Wir bitten die Bezeichnung in der Legende unter 15.12. wie folgt zu ändern: „Entwurf der Flächenumgrenzung, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind (Grundlage: Berichtsentwurf „Planung Sicherungsmaßnahme Phase IIIa“ vom Büro für Umweltplanung vom 26.01.2022).“ Zur Vermeidung von Verwirrungen bitten wir die temporären internen Bezeichnungen KF 062, KF 066, KF 081-1 und KF 081-2 zu entfernen, da diese nicht mit den bodenschutzrechtlich hinterlegten Bezeichnungen übereinstimmen.</p> <p>Textliche Festsetzungen</p> <p>4. Abschnitt 1.11 Der Vorfestlegung einer Fläche zur Ablagerung von PFC-belasteten Böden wird nicht zugestimmt. Die Ausführungen unter b) sind somit zu entfernen. (siehe auch 1.)</p> <p>5. Wir bitten Sie folgende Ausführung in Abschnitt 1.11 zu ergänzen: „Die Errichtung baulicher Anlagen sowie Eingriffe in den Untergrund im Bereich der Flächen, die derzeit erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, bedürfen der Zustimmung der SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Trier.“</p> <p>6. Abschnitt 2 Punkt 9 Satz 3 Zur Vermeidung von Verwirrungen bitten wir die temporären internen Bezeichnungen KF 062, KF 066, KF 081-1 und KF 081-2 zu entfernen, da diese nicht mit den bodenschutzrechtlich hinterlegten Bezeichnungen übereinstimmen.</p> <p>7. Abschnitt 2 Punkt 9 Satz 8 und 9 Wir bitten Sie folgenden Auszug zu entfernen: „Die angestrebte Variante ist die Sicherung unter versiegelten Verkehrsflächen im nördlichen Teil des Plangebiets. Die betreffende Fläche ist in der Planzeichnung gekennzeichnet.“ Der</p>	<p>Die Bezeichnung in der Legende wird in nebenstehendem Wortlaut überarbeitet.</p> <p>Die textlichen Festsetzungen werden dahingehend überarbeitet, dass die Festlegung einer Fläche für die Ablagerung PFC-belasteter Böden erst im Zuge einer bodenschutzrechtlichen Sanierungsplanung erfolgt.</p> <p>Die textlichen Festsetzungen werden um die nebenstehenden Ausführungen ergänzt.</p> <p>Die aufgeführten Bezeichnungen werden in den Dokumenten entfernt.</p> <p>Die textlichen Ausführungen zum Umgang mit PFC-belasteten Böden werden geändert.</p>
--	--

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Vorfestlegung einer Fläche zur Ablagerung von PFC-belasteten Böden wird nicht zugestimmt. (siehe auch 1. Und 4.)</p> <p>8. Abschnitt 2 Punkt 11 und 14 sollten u.E. wie folgt zusammengefasst werden: „Es wird darauf hingewiesen, dass die Behandlung von Bodenaushub gemäß den Vorgaben der LAGA erfolgt. Demnach sind künstliche Auffüllungen sowie der Wiedereinbau von Erdmassen fachlich zu begleiten. Näheres regeln die ALEX-Infoblätter 24, 25, 26 und 27 in der jeweils gültigen Fassung.“</p> <p>9. Abschnitt 2 Punkt 12 und 13 sollte u.E. wie folgt zusammengefasst werden: „Wenn bei Baumaßnahmen Abfälle (z.B. Bauschutt, Hausmüll etc.) angetroffen werden oder sich sonstige organoleptische Hinweise (z.B. geruchliche / visuelle Auffälligkeiten) ergeben, ist das auffällige Material zu separieren und die SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Trier sowie die Bauleitung, ggfs. Fachbauleitung, umgehend zu informieren.“</p> <p>Wasserschutzgebiete:</p> <p>Ein Wasserschutzgebiet (weder geplant noch festgesetzt) ist nicht betroffen.</p> <p>Die öffentliche Wasserversorgung ist sichergestellt.</p> <p>Es bestehen keine Bedenken gegen die Änderung des FNP sowie Aufstellung des Bebauungsplanes – Nr. 19 „Flugfeld West“.</p> <p>Abwasserbeseitigung:</p> <p>In den Unterlagen zum Bebauungsplan (hier: Begründung Teil 1: Städtebau (Entwurf)) wird auf das Entwässerungskonzept hingewiesen. Gemäß Abschnitt 7.1 der Begründung (Schmutz- und Regenwasser) wird dargelegt, dass aufgrund der anstehenden Untergründe und der in Teilen festgestellten Bodenbelastung im</p>	<p>Die textlichen Ausführungen werden in nebenstehendem Wortlaut überarbeitet.</p> <p>Die textlichen Ausführungen werden in nebenstehendem Wortlaut überarbeitet.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
--	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Großraumbereich der Planung von einer Versickerung abgesehen werden soll. Vielmehr soll eine Regenrückhalteanlage mit Drosselabfluss favorisiert werden.</p> <p>Es wird insbesondere in der vorgenannten Begründung zum B-Plan hingewiesen, dass es sich bei den genannten Regenrückhaltungen zunächst um eine Beispielrechnung mit angenommenen Drosselabflussmengen für das Teileinzugsgebiet des Regenrückhaltebeckens Nr. 5 (Flugplatz Bitburg) handelt.</p> <p>Bisher wurde uns keine Konzeption zur Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung zur Stellungnahme vorgelegt. Des Weiteren wurde die unter 5.2 (hier: Begründung Teil 2: Umweltbericht / Grünordnungsplan) beschriebene entwässerungstechnische Begleitplanung nicht zur Stellungnahme vorgelegt. Bzgl. entwässerungstechnischer Vorplanungen zur Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung weisen wir auf die bekannten Inhalte gemäß Priorität, vom 31.01.2022, von Eugen Schneider (SGD Nord, Arbeitsbereich Abwasserbeseitigung, Gewässergüte) an Mario Hutter (Ingenieurbüro Stratec), Az. 342-WBB-232-14885/2020, mit bestätigtem Aktenvermerk hin.</p> <p>In der wasserrechtlichen Erlaubnis der SGD Nord zugunsten der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, vom 14.12.2021, Az. 344-IN-232-13711/2020, wurde darauf hingewiesen, dass das Regenrückhaltebecken Nr. 5 zum 01.11.2021 veräußert wurde. Mit diesem Datum endete die Einleitungserlaubnis. Dem entsprechend ist ein neuer Wasserrechtsantrag zu stellen.</p> <p>Weitere Abstimmungen im Zuge der Aufstellung der Entwässerungskonzeption sind erforderlich. Für Mittwoch, den 22.06.2022, ist ein Fachbehördentermin in Bitburg vorgesehen.</p> <p>Starkregenvorsorge: Wie aus dem Hochwasserinfopaket des Landesamtes für Umwelt, Karte 5: Gefährdungsanalyse Sturzflut nach Starkregen ersichtlich, ist eine teilweise Gefährdung des überplanten Gebietes bei Starkregenereignissen zu erwarten.</p>	<p>Die entwässerungstechnische Konzeption des konkreten Vorhabens ist nicht Bestandteil des Bauleitplanverfahrens, sondern wird in einem gesonderten Genehmigungsverfahren bearbeitet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Begründung wird um einen entsprechenden Hinweis ergänzt, die sich mit der Thematik der Starkregenvorsorge auseinandersetzt. Es ist darauf</p>
--	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Die Karten des Hochwasserinfopaketes liegen der Verbandsgemeindeverwaltung Bitburger Land bzw. der Stadt Bitburg vor und sind im Internet unter https://cieoportal-wasser.rlp-umwelt.de/serylet/is/10081/ veröffentlicht. Im weiteren Verfahren ist auf diese Thematik daher einzugehen.</p> <p>Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Belange der Starkregenvorsorge nach § 1 Abs. 6 Nr. 12 des Baugesetzbuches bei der Aufstellung der Bebauungspläne zu berücksichtigen sind. Der § 9 Abs. 1 Nr. 16 c BauGB eröffnet ausdrücklich die Möglichkeit Gebiete festzusetzen, in denen bei der Errichtung baulicher Anlagen bestimmte bauliche oder technische Maßnahmen getroffen werden müssen, die der Vermeidung oder Verringerung von Hochwasserschäden einschließlich Schäden durch Starkregen dienen, sowie die Art dieser Maßnahmen.</p> <p>Oberflächengewässer: Der Bereich der Priorität B der Flächennutzungsplanänderung überlagert den Quellbereich des Brückengrabens, Gewässer dritter Ordnung. In der weiteren Bauleitplanung ist auf das Gewässer näher einzugehen und zu beschreiben.“</p>	<p>hinzuweisen, dass es im Plangebiet derzeit keine hochwasser- und starkregengefährdeten Bereiche gibt.</p> <p>Im Zuge des laufenden Verfahrens lediglich der Prioritätsbereich A betrachtet werden. Bei künftigen Planungen im Bereich der Priorität B wird der benannte Aspekt der Lage in einem Quellbereich berücksichtigt.</p>
<p>Beschluss: Die im Plan dargestellte Fläche zur Ablagerung von PFC-belasteten Böden wird entfernt und die Begründung entsprechend angepasst. Bis zur Erneuten öffentlichen Auslegung werden an den Unterlagen redaktionelle Änderungen vorgenommen.</p>	
<p>Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:</p>	

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Nr. 31 SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Ostallee 7-13, 54290 Trier – Schreiben vom 24.05.2022	Zu Nr. 31
<p>„...bezüglich des o. g. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Bitburg und der Verbandsgemeinde Bitburger Land für den Bereich des Flugplatzes Bitburg sowie Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 „Flugfeld West“ bestehen unsererseits keine Bedenken.</p> <p>Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 09.11.2020, die weiterhin Bestand hat.</p> <p>Für Rückfragen und Erläuterungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis, dass seitens der SWT keine Bedenken gegen das Vorhaben bestehen, wurde seinerzeit zur Kenntnis genommen.</p>
Kein Beschluss erforderlich	
Nr. 32 Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3-5, 56068 Koblenz – Schreiben vom 17.06.2022	Zu Nr. 32
<p>„...mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 19.05.2022 nehmen wir im Folgenden Stellung:</p> <p>Die Zuständigkeit der oberen Naturschutzbehörde beschränkt sich nach dem Rundschreiben des Ministeriums für Finanzen vom 9. Dezember 2005 „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in der Bauleitplanung“ auf die Prüfung der Auswirkungen auf Naturschutzgebiete, auf Natura-2000-Gebiete und auf nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG geschützte Biotopbereiche. Es ist deshalb sicherzustellen, dass die hier für die Belange des Naturschutzes zuständige untere Naturschutzbehörde am Verfahren beteiligt wird und Gelegenheit zur Äußerung erhält.</p> <p>In elektronischer Fassung waren im Rahmen der Beteiligung folgende Unterlagen zum Download offen gelegt:</p> <p>Entwurf 4. FNP- Fortschreibung und Begründung zur 4. FNP-Fortschreibung (beide Stand 25. April 2022), Entwurf Bebauungsplan Nr. 19, (Stand: 6. Mai 2022); Begründung Teil 1, Städtebau zum BP Nr. 19 (Stand: 25. April 2022), Begründung Teil 2, Umweltbericht zum BP Nr. 19 (Stand 25. April 2022), BP Nr. 19 Textliche Festsetzungen (Stand 25. April 2022).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Zur im Parallelverfahren betriebenen Flächennutzungsplanänderung ist zu beachten, dass diese über die eigentliche B-Planfläche Nr. 19 hinaus sogenannte „Priorität B-Flächen“ erfasst und damit Pauschalschutzflächen gem. § 30 Abs. 1 BNatSchG erheblichen Umfangs beinhaltet. In den nun offen gelegten Unterlagen S. 9 wird ausgeführt: „Für die Fläche mit der Priorität B sind derzeit noch keine verbindlichen Aussagen zum Umweltzustand und zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Planung möglich, da sich hier noch diverse Flächen befinden, die erheblich mit Altlasten beaufschlagt sind. Zudem sind im betroffenen Bereich momentan natur- und artenschutzrechtliche Konflikte zu erkennen.“ An einem qualifizierten und belastbaren Umweltbericht fehlt es damit. Eine Bewältigung artenschutzfachlicher und –rechtlicher Fragen sowie der Fragen des Biotopschutzes ist für diesen Bereich nicht erkennbar.

Durch den Bebauungsplan Nr. 19 (52,6 ha) werden 38,6 ha gem. § 30 Abs. 2 Nr. 7 BNatSchG pauschal geschützte Magerwiesen überplant. Somit kann das eingeleitete Bauleitplanverfahren „Flugfeld West“ nur zielführend sein, wenn eine Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG von der oberen Naturschutzbehörde erteilt werden kann. Ein solcher Antrag auf Befreiung wurde im Entwurf bereits vorgelegt. Ein überarbeiteter Antrag liegt der SGD Nord seit dem 07.06.2022 vor. Dessen abschließende Prüfung und Bescheidung stehen aktuell noch aus.

Artenschutzrechtliche Hürden werden insbesondere für die Arten Wiesenpieper und Raubwürger erkennbar. Vermeidungs-, Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des Artenschutzes sind bislang in Abstimmung mit dem Ornithologen Dr. Dietzen vorgelegt worden. Konkrete Zuordnungen der geplanten Artenschutzmaßnahmen zu den einzelnen Arten und Vorkommen sind bisher aber nicht erfolgt und müssen weiterhin erarbeitet und vorgelegt werden. Eine abschließende Beurteilung artenschutzrechtlicher Beeinträchtigungen ist daher noch nicht möglich.
Die auf Seite 14 der Begründung Teil 2: Umweltbericht / Grünordnungsplan angesprochene Anfrage zur Erteilung einer artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG bezüglich der Vogelarten Wiesenpieper und Feldlerche liegt der SGD Nord bisher nicht vor. Seitens der SGD Nord wurde in diesem Zusammenhang bereits

Das weitere Verfahren, das eine erneute öffentliche Auslegung vorsieht, soll aufgrund der u.a. durch die SGD Nord benannten Belange lediglich mit Betrachtung der Fläche mit Priorität A fortgeführt werden und im ersten Schritt kann auch nur für diesen Bereich eine Genehmigung beantragt werden. Wird im Zuge eines sich anschließenden Bauleitplanverfahrens die Fläche der Priorität B betrachtet, ist für diesen Bereich ein gesonderter Umweltbericht zu erarbeiten.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die abschließenden Ergebnisse der Prüfung werden im Zuge des weiteren Verfahrens berücksichtigt.

Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 BNatSchG (sogenannte „Zugriffsverbote“) werden durch die Planung betreffend den Raubwürger nicht berührt, wie im Umweltbericht umfassend dargelegt. Bei der Naturschutzbehörde wird hingegen bezüglich der Vogelarten Wiesenpieper und Feldlerche aktuell (Stand: 6. Juli 2022) eine etwaige artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 (7) BNatSchG angefragt, ob diese grundsätzlich in Aussicht gestellt werden kann.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>wiederholt darauf hingewiesen, dass die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG im Rahmen von Bauleitplanungsverfahren aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist. Gleiches gilt ebenfalls für Zusicherungen i. S. v. § 38 VwVfG, eine entsprechende Ausnahmegenehmigung zu einem späteren Zeitpunkt zu erlassen. Zudem bestehen für die Arten Raubwürger und Wiesenpieper bei einem solchen Verfahren hohe Hürden, so dass dringend empfohlen wird, die angedachten Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen rechtzeitig vor Baubeginn umzusetzen, um artenschutzrechtliche Verstöße zu vermeiden.</p> <p>Für Fragen des Artenschutzes wie des pauschalen Biotopschutzes gilt weiterhin: Ein vollzugsunfähiger Bebauungsplan wäre rechtswidrig und damit unwirksam.“</p>	<p>Die eigentlichen Ausnahmeverfahren sollen zur späteren Vorhabengenehmigung vollzogen werden.</p> <p>Es sind umfangreiche Artenschutzmaßnahmen beabsichtigt und im Umweltbericht dargelegt. Allerdings sind keine CEF-Maßnahmen vorgesehen; in diesem Zusammenhang sollen die oben genannten Ausnahmeanträge gestellt werden (zur Vorhabengenehmigung).</p> <p>Durch vorgenannte naturschutzrechtliche Befreiungs- und Ausnahmeverfahren werden die erforderlichen bauleitplanerischen Voraussetzungen geschaffen.</p>
<p>Beschluss: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse des noch ausstehenden Befreiungsantrages sind im weiteren Verfahren zu berücksichtigen. Die Anträge auf artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG sind im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens zu stellen.</p>	
<p>Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:</p>	

<p>Nr. 33 Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Deworastraße 8, 54290 Trier – Schreiben vom 29.06.2022</p>	<p>Zu Nr. 33</p>
<p>„...zunächst möchten wir unser Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass entgegen der Absprache beim Gesprächstermin im Februar 2020 in Ihrem Hause der Nachweis der immissionsschutzrechtlichen Verträglichkeit der Planung, speziell bezüglich dem Thema Lärm, nun doch auf die Ebene der/des Baugenehmigungsverfahren(s) verlagert wird. Aufgrund der raumordnerischen Bedeutung des gesamten Planvorhabens haben wir</p>	<p>Da es sich bei dem vorliegenden Verfahren nicht um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt und zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch keine abschließenden Planungen zu Gebäuden und deren technische Anlagen vorlagen, ist der Nachweis des</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>bereits in unseren Stellungnahmen vom 22.01.2020 (LpS) sowie vom 06.11.2020 (§ 4 Abs. 1 BauGB) darauf hingewiesen, dass der anlagenbezogene Immissionsschutz vollumfänglich im Rahmen des Bauleitplanverfahrens nachgewiesen werden sollte.</p> <p>Die im Rahmen der förmlichen Beteiligung nunmehr vorgelegten Planunterlagen beinhalten lediglich eine „schalltechnische Modellbetrachtung“, die als „worst-case-Abschätzung“ verstanden werden möchte. Ungeachtet der Frage, wie belastbar eine solche Abschätzung im jetzigen Verfahrensstand sein kann, müsste diese u. E. zumindest alle relevanten Lärmquellen berücksichtigen, was im vorliegenden Fall nicht gegeben ist. So findet die zu Gebäude A gehörende PKW-Parkfläche keine Berücksichtigung, ebenso werden keinerlei technische Gebäudeausrüstungen wie beispielsweise Lüftungsaggregate u. ä. berücksichtigt. Auch werden keine Aussagen zu möglichen Be- und Entladetätigkeiten auf den Freiflächen des Plangebietes getroffen. Ferner werden weder die Fahrzeugbewegungen auf den Verkehrswegen innerhalb des Plangebietes (PKW, LKW und ggf. Gabelstapler) in die Betrachtung mit einbezogen, noch diejenigen Fahrzeugbewegungen, die sich auf den umliegenden Straßen (PKW und LKW) abspielen und die dem Planvorhaben zuzuordnen und daher dem Gewerbelärm zuzurechnen sind (siehe Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm Nr. 7.4).</p> <p>Ferner geht die Modellbetrachtung davon aus, dass von den Gebäuden D + C eine abschirmende Wirkung in Richtung der Wohnbebauung der Ortsgemeinden Scharfbillig und Röhl ausgeht. Nicht berücksichtigt wird hierbei allerdings, dass die Gebäude D + C erst in einem bislang nicht terminierten 2. Bauabschnitt errichtet werden sollen. U. E. kann hier zumindest nicht ausgeschlossen werden, dass für den Zeitraum von der Inbetriebnahme der Anlagen aus dem 1. Bauabschnitt (Gebäude A + B) bis zur baulichen Fertigstellung der Gebäude des 2. Bauabschnittes (Gebäude C + D) (Zeitraum X) alternative Lärmschutzmaßnahmen, z. B. in Form von Lärmschutzwänden, erforderlich werden.</p> <p>Aufgrund dessen, dass die Erstellung eines vollumfänglichen Lärmgutachtens im Rahmen der förmlichen Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bis zum 30.06.2022 nicht</p>	<p>anlagenbezogenen Immissionsschutzes nicht vollumfänglich im Rahmen des Bauleitplanverfahrens möglich.</p> <p>Im Rahmen eines folgenden Bauantragsverfahrens ist einen Nachweis über die Berücksichtigung der Belange des Immissionsschutzes vorzulegen. In diesem Zuge werden auch Details, wie etwa Abschirmmaßnahmen geprüft und nachgewiesen.</p> <p>Die konkreten schalltechnischen Untersuchungen laufen derzeit, damit an den schutzbedürftigen Nutzungen der benachbarten Bebauung und den Gemeinden Scharfbillig und Röhl keine Beeinträchtigungen auftreten.</p> <p>Eine Lärmkontingentierung ist ausgeschlossen, da diese lediglich dann von § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO gedeckt ist, wenn ein Teilgebiet von einer Emissionsbeschränkung ausgenommen wird. Dies ist im vorliegenden Fall nicht möglich.</p> <p>Die angeführten Modellrechnungen zeigen jedoch, dass im Falle der vorliegenden Planung nicht von Beeinträchtigungen auszugehen ist.</p>
---	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

mehr realistisch erscheint und eine erneute Beteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB vermutlich vermieden werden soll, kommen wir zu dem Schluss, dass der anlagenbezogene Immissionsschutz im Rahmen der Bauleitplanung aus den v. g. Gründen nicht ausreichend gewürdigt wurde.

Hinsichtlich der Erstellung der/des Lärmgutachten(s) auf Ebene der/des Baugenehmigungsverfahren(s) wird aus Sicht des anlagenbezogenen Immissionsschutzes dringend empfohlen, zunächst das gesamte Planvorhaben als Zusatzbelastung zu betrachten, um die Verträglichkeit mit den umliegenden sensiblen Nutzungen belastbar nachzuweisen. Außerdem ist für den Zeitraum X zu ermitteln, ob und in welcher Form alternative Schallschutzmaßnahmen erforderlich werden.

Unabhängig davon wird von hier aus angeregt zu prüfen, ob das Gebäude D an die südwestlich gelegene Baugrenze des Plangebietes verschoben werden kann und dessen PKW-Parkplätze zwischen die Gebäude D + C verlegt werden können. Dies könnte den Effekt haben, dass die PKW-Parkflächen von Gebäude A durch Gebäude D gegenüber der Wohnbebauung der Ortsgemeinde Scharfbillig abgeschirmt werden. Außerdem würden sich die Parkflächen von Gebäude D etwas von der Wohnbebauung der Ortslage Scharfbillig entfernen. Ferner wird angeregt zu prüfen, ob die PKW-Parkflächen südöstlich von Gebäude B auf die Nordwestseite des Gebäudes verlegt werden können. Hierdurch wären diese Parkplätze dann durch Gebäude B gegenüber der Wohnbebauung der Ortsgemeinden Scharfbillig und Röhl abgeschirmt und es entstünde eine einheitliche Bauflucht der Gebäude B, C und D im Südosten des Plangebietes. Falls letztendlich die Notwendigkeit zur Errichtung etwaiger Lärmschutzwände bestünde, würden sich diese vermutlich auf den Bereich der PKW-Parkflächen zwischen Gebäude D + C begrenzen, was möglicherweise sowohl aus Kostengründen als auch aus optischen Gründen von Vorteil sein könnte.“

Der Angebotsbebauungsplan Nr. 19 legt über Baufenster lediglich Bereiche möglicher Bebauung fest, sodass eine Verschiebung der Gebäude innerhalb der abgegrenzten bebaubaren Bereiche möglich ist. Diese Aufgabe obliegt dem zuständigen Planer im Zuge des Bauantragsverfahrens.

Ein Hinweis an den Projektträger hinsichtlich der Sinnhaftigkeit etwaiger Gebäudeverlagerungen ist erfolgt.

Beschluss: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:



Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Enthaltung:

Nr. 34 | Stadtwerke Bitburg, Denkmalstraße 6, 54634 Bitburg – Schreiben vom 23.05.2022

Zu Nr. 34

„...nach Durchsicht der dem o.a. Bebauungsplanentwurf zugehörigen Unterlagen stellen wir fest:

- 1) Innerhalb der Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches sind an der Ostgrenze Regenwasserkanäle und ein Regenrückhaltebecken in der Unterhaltungspflicht der BIMA vorhanden, an die noch der östliche Verlauf der Rollbahn mit deren Nebenflächen angeschlossen ist. Hier ist im Zuge der konkreten Bauplanung zwischen Investor und BIMA eine Neuordnung der notwendigen verbleibenden Rollbahnentwässerung im B-Plan-Bereich durchzuführen.
- 2) Anschließend an die nordwestliche Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind alle Grundstücke an öffentliche Mischwasserkanäle bzw. Kanäle im Trennsystem angeschlossen. Die Schmutzwasserableitung aus dem B-Plan-Bereich kann an die außerhalb liegenden Kanäle nach Vorgaben durch die Stadtwerke Bitburg erfolgen. Dadurch ist dann die Schmutzwasserbeseitigung im B-Plan-Bereich gesichert.
- 3) Die Niederschlagswasserableitung aus dem B-Plan-Bereich kann an die außerhalb liegenden Kanäle nach Vorgaben durch die Stadtwerke Bitburg erfolgen. Bezugnehmend auf die Entwässerungstechnische Begleitplanung ist es für den gesamten B-Plan-Bereich erforderlich, Niederschlagswasser in Rückhalteanlagen zwischen zu speichern und gedrosselt an die öffentl. Regenwasserkanäle zeitverzögert abzugeben. Im Zuge der konkreten Bauplanung wird die maximale Ableitungsmenge aus dem B-Plan-Bereich seitens der Stadtwerke Bitburg vorgegeben. Dadurch ist dann die Niederschlagswasserbeseitigung gesichert.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine entsprechende Neuordnung der verbleibenden Rollbahnentwässerung wird im Zuge der konkreten Bauplanung durchgeführt.

Der Hinweis darüber, wie die Schmutzwasserbeseitigung im B-Planbereich erfolgen kann, wird zur Kenntnis genommen.

Derzeit erfolgt eine Konzeption der notwendigen Regenrückhalteanlagen im Plangebiet, sodass das Niederschlagswasser in der notwendigen Menge zurückgehalten und gedrosselt an die öffentlichen Kanäle abgegeben werden kann. Das Konzept wird mit den Stadtwerken abgestimmt.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>4) Gegen eine Grundflächenzahl GRZ von 0,8 haben wir keine Bedenken. Durch die Mehrversiegelung der Flächen gegenüber dem derzeitigen Zustand erhöht sich in Folge das erforderliche Rückhaltevolumen wie vorgeschrieben.</p> <p>5) Anschließend an die nordwestliche Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind alle Grundstücke an das öffentliche Trinkwasserversorgungsnetz angeschlossen. Die Trinkwasserversorgung innerhalb des B-Plan-Bereichs kann durch Anschluss an die außerhalb liegenden Leitungen nach Vorgaben durch die Stadtwerke Bitburg erfolgen. Dadurch ist dann die Trinkwasserversorgung im B-Plan-Bereich gesichert. Gleiches gilt für die Bereitstellung des Grundschutzes zur Löschwasserversorgung. Hier kann eine Menge von 96 m³/h aus dem öffentl. Netz zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>6) Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes haben wir keine Bedenken.</p> <p>7) Im Umweltbericht Seite 39 ist unter Pkt. 5.2 festgelegt: „Vorgeschaltet sind Mulden, Rigolen und Freigefällekanäle mit dem aus dem Entwässerungskonzept resultierenden Rückhaltevolumen innerhalb des Plangebiets anzulegen...“. Wir weisen darauf hin, dass Rigolen wie vorstehend beschrieben von der Oberen Wasserbehörde genehmigt werden müssen. Wir empfehlen, auf die Errichtung von Rigolen ganz zu verzichten.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Derzeit erfolgt eine Konzeption der notwendigen Regenrückhalteeinrichtungen im Plangebiet, sodass das Niederschlagswasser in der notwendigen Menge zurückgehalten und gedrosselt an die öffentlichen Kanäle abgegeben werden kann. Das Konzept wird im Zuge eines Baugenehmigungsverfahrens mit den Stadtwerken abgestimmt.</p>
<p>Beschluss: Die Hinweise zur Wasserver- und Entsorgung werden zur Kenntnis genommen. Das sich in Arbeit befindliche Entwässerungskonzept ist mit den zuständigen Behörden und Stellen abzustimmen.</p>	
<p>Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:</p>	

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Nr. 40 VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Scharfbillig – Schreiben vom 21.06.2022	Zu Nr. 40
<p>„...im Rahmen der Offenlage des Bebauungsplanes Nr. 19 „Flugfeld West“ des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg und der Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>In den vorliegenden Unterlagen werden weiterhin Industriegebiete nach §9 BauNVO ausgewiesen. Wir halten unseren Einwand aus der vorangegangenen Stellungnahme vom 19.11.2020 aufrecht: Aus unserer Sicht sind Gewerbegebiete nach §8 BauNVO auszuweisen.</p> <p>Begründung: Alle vorgesehenen Nutzungen wie auch die geplante Tankstelle sind in einem Gewerbegebiet zulässig, aus den in den Unterlagen genannten Grundlagen-§§ und Erläuterungen wird kein Zwang zur Ausweisung eines Industriegebietes ersichtlich. Die angesprochene Einheitlichkeit auf dem gesamten Flugplatzgelände erscheint uns nicht entscheidend, da keine andere Teilfläche vergleichbar nahe an einem Wohngebiet liegt und hier entsprechend nicht die gleichen Maßstäbe angelegt werden können.</p> <p>Wir erinnern: Die Ausweisung von Industriegebieten sollte ausschließlich zur Ansiedlung von Betrieben dienen, die aufgrund ihres Störpotentials auf eine GI-Festsetzung angewiesen sind. Dies ist erfreulicherweise im Augenblick nicht der Fall. Doch hinsichtlich nachfolgender Nutzung schaffen wir durch die Ausweisung eines Industriegebietes völlig unnötig einen Freibrief für mögliche Immissionsprobleme in der Zukunft.“</p>	<p>Aufgrund der Größenordnung des geplanten Betriebes, bei dem es sich um ein zentrales Lager für Europa handelt, erscheint die Festsetzung eines Gewerbegebietes nicht zweckmäßig.</p> <p>Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass die Kreisverwaltung diesbezüglich keine Bedenken geltend gemacht hat.</p>
Beschluss: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Änderungen an der Planung erfolgen nicht.	
<p>Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:</p>	

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Nr. 41 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn – Schreiben vom 23.05.2022	Zu Nr. 41
„...durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich	
Nr. 42 Westnetz GmbH Regionalzentrum Trier, Eurenner Straße 33, 54294 Trier – Schreiben vom 01.06.2022	Zu Nr. 42
„...zum o.g. Bebauungsplan gilt weiterhin unsere Stellungnahme gemäß Schreiben vom 26. Oktober 2020.“	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich	
Nr. 44. BUND, Bahnhof 3, 54662 Speicher – Schreiben vom 21.06.2022	Zu Nr. 44
„...folgende Unterlagen wurden im Rahmen dieses Verfahrens vorübergehend zur Verfügung gestellt: 0) Bekanntmachungen in den Kreisnachrichten 19/22, Seite 10 bis 12, den Rathausnachrichten der Stadt Bitburg, dem Landboten der Verbandsgemeinde Bitburger Land und kürzer gefasst auf der Internetseite https://www.konversion-bitburg.de/flugplatz-bitburg/downloads/ 1) Begründung Stand: 25. April 2022 von ISU (Immissionsschutz, Städtebau, Umweltplanung) in Bitburg Zur 4. Änderung / Fortschreibung des gemeinsamen Flächennutzungsplans der Stadt Bitburg und der	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Verbandsgemeinde Bitburger Land für den Bereich der ehemalige US Air Base (11 Seiten)</p> <p>2) Begründung Teil 1: Städtebau, Stand: 25. April 2022 von ISU (Immissionsschutz, Städtebau, Umweltplanung) in Bitburg, Bebauungsplan Nr. 19 'Flugfeld West' Regelverfahren (46 Seiten)</p> <p>3) Textliche Festsetzungen Stand: 25. April 2022 von ISU (Immissionsschutz, Städtebau, Umweltplanung) in Bitburg, Bebauungsplan Nr. 19 'Flugfeld West' Regelverfahren (13 Seiten)</p> <p>4) Planzeichnung zum Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ , B-Plan Entwurf, ohne Datum</p> <p>5) Begründung Teil 2: Umweltbericht / Grünordnungsplan von ISU, Stand: 25. April 2022, Bebauungsplan Nr. 19, 'Flugfeld West' (80 Seiten)</p> <p>6) FNP 4. Fortschreibung Entwurf, eine Planzeichnung von ISU, ohne Datum</p> <p>In den Bekanntmachungen wurde auf weitere Unterlagen verwiesen, die nach dem Download von der Internetseite des Zweckverbandes fehlten – uns nach expliziter Nachfrage dann am 20.6. 22 zur Verfügung gestellt wurden:</p> <p>7) Avifaunistischer Fachbeitrag Raubwürger – Büro ISU, Bitburg, v. 30.03.2022 (22 Seiten)</p>	<p>Die fehlenden Unterlagen werden im Zuge der Erneuten öffentlichen Auslegung zur Einsichtnahme bereitgestellt.</p>
---	--

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>8) Entwässerungstechnische Begleitplanung – STRA-TEC, Wittlich, v. 08.03.2022 (20 Seiten plus Längs- und Querschnitt)</p> <p>9) Stellungnahme Altlasten – Büro für Umweltplanung, Mertesdorf, v. 07.03.2022 (2 Seiten und 2 Abbildungen)</p> <p>10) Voruntersuchung „Nutzung von Teilen des ehemaligen Flugfeldbereiches“ auf dem Flugplatz Bitburg – BNL Petry GmbH, Ottweiler, v. 13.11.2019 (146 Seiten)</p> <p>11) Schutzmaßnahmen-Empfehlung im Bereich Flugplatz Bitburg mit besonderem Fokus auf dem Raubwürger – GNOR e.V., Dr. Dietzen, Mainz v. 08.03.2022. (6 Seiten)</p> <p>Wesentliche Unterlagen fehlen weiterhin, insbesondere fehlen die aktuellen Schadstoffuntersuchungen und Sanierungsvorschläge der Arcadis-GmbH (beauftragt von der BimA). Auf Fachtagungen (in Karlsruhe am 18/19.5.21 und am 21/22.7.21 in Ingolstadt) waren sehr relevante aktuelle Ergebnisse zu erfahren (sowohl von Dr. Held von Arcadis als auch von B. Graz von der BimA), die im hier vorgelegten Umweltbericht fehlen, z.B.</p> <p>Die PFAS-Kontamination des Bodens im Umfeld der ehemaligen Landebahn ist komplex und nur mit sehr aktuellen Forschungsergebnissen darstellbar. Der Aufwuchs ist so stark belastet, dass er nicht an das Vieh verfüttert werden darf. Im Boden sind andere PFAS-Komponenten zu finden als in den Pflanzen.</p> <p>Durch Oberbodenabtrag oder -eintrag kann PFAS mobilisiert werden, sich die Belastung für das Grundwasser der gesamten Region noch verschlimmern.</p>	<p>Das Arcadis-Gutachten, das die Gesamtsituation des Flugplatzes betrachtet, wird im Auftrag der BImA erstellt und bezieht sich vorrangig auf ein Technisches Bauwerk außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes.</p> <p>Für das vorliegende Bauleitplanverfahren hat das Gutachten keine Relevanz.</p>
---	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Um mit Extra-Brunnen den Grundwasserabfluss zu reinigen, mit Beton Abflusssperren zu bauen oder in einem einzelnen Glückfall vielleicht auch einmal sagen zu können, dieses kleine Stück Boden können wir bebauen, ohne dass es zu Gewässergefährdungen kommt – für all dies sind weitere Messstellen gerade im Umfeld der Landebahn notwendig und ein genaues Modell über die Grundwasserströme. Ein gutes hydrogeologisches Gutachten fehlt.

In der Regel gehen besondere Gefahren von korrodierten alten Treibstoffleitungen rund um die Landebahn aus, den Schadstoffeinträgen im Umfeld der Landebahn durch Starts und Landen einschließlich PFAS in Enteisungsmitteln, Treibstoff, Löschmitteln, Hydrauliköl usw.

Ähnliches hatte Prof. Altenbockum schon am 8/9.2018 beim Altlastenseminar in Karlsruhe vorgetragen.

Grundsätzlich möchten wir darauf hinweisen, dass zuerst ein Sanierungskonzept für den Schutz des Grundwassers in der Umgebung vorgelegt werden muss, bevor wir regelgerecht zu dem Bebauungsplan in diesem PFAS-belasteten Bereich Stellung nehmen können, und dass ebenso die beantragten Freistellungsgenehmigungen zu Flora und Fauna vorgelegt werden müssen, bevor wir regelgerecht zu diesem Bebauungsplan Stellung nehmen können.

Ähnlich wie in vorangegangenen Stellungnahmen möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass wir nicht einverstanden sind, dass hier mit angeblichen Ausnahme-/Freistellungsgenehmigungen in sehr umfangreicher Art und Weise, Biotope und Lebensräume für seltene Tiere zerstört werden sollen, die durch Landes- und Bundesrecht geschützt sind und nicht ausgeglichen werden können. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir das in einer Art Medienhype gelobte Fraser-Group-Projekt als schädlich für die weitere Entwicklung des Bitburger Bereiches bewerten und nicht für sinnvoll halten. Die Menschen im Bereich des ehemaligen militärischen Flugplatzes haben nach dem Rückzug des Militärs ein Recht auf Wiederherstellung der ursprünglichen Landschaft, Natur und Umwelt. Ihnen sollten – wie

Wie bereits im Umweltbericht dargelegt (Kap. 4.1.2) ergibt sich für das Plangebiet kein erhöhtes Grundwassergefährdungspotential. Ein etwaiges Erfordernis für ein vertiefendes hydrogeologisches Gutachten wird nicht gesehen.

(dito, siehe oben)

Das Befreiungsverfahren ist in zuständiger Bearbeitung bei der Oberen Naturschutzbehörde (Stand: 6. Juli 2022).

Im Rahmen der genannten naturschutzrechtlichen Verfahren werden umfangreiche Kompensationsmaßnahmen zum Arten- und Naturschutz auferlegt, so dass aufgrund der Eingriffsregelung nicht von verbleibenden Defiziten für Natur und Landschaft auszugehen ist (vgl. Gesamtbilanz im Umweltbericht, Kap. 6.2.4).

Offenlage: <input checked="" type="checkbox"/>	Erneute Offenlage: <input type="checkbox"/>
--	---

<p>hier beabsichtigt – keine vergleichbaren Umweltbelastungen zugemutet werden, wie zuvor durch das Militär: jetzt verstärkt LkWs anstelle von Flugzeugen früher – was sich als noch belastender entpuppen kann. Nach unserer Meinung wird es sogar zu noch stärkeren Belastungen in der Großregion kommen als zuvor beim Militär, wenn an der vorgesehenen Planung festgehalten werden wird. Auch die Autobahnanbindungen z.B. müssten für den wesentlich verstärkten Lkw-Verkehr noch massiv ausgebaut werden. Im Bereich Bitburg fehlen bezahlbare Wohnungen – aber keine großflächigen Industrieansiedlungen.</p> <p>Genauere Angaben zur geplanten Verkehrsanbindung fehlen ebenfalls.</p> <p>Wir schlagen vor, die bevorzugte Anbindung an die Eisenbahn für den Warenverkehr als Pflicht mit in einen B-Plan aufzunehmen.</p> <p>Wir schlagen vor, zumindest den Erhalt der Biotop der Klasse A im B-Plan als Pflicht festzusetzen.</p> <p>Die vorgesehene Grundflächenzahl von 0,8 bzw. 0,9 muss niedriger festgelegt werden. Eine Gebäudehöhe von 393,00m über NHN ist auch zu hoch.</p>	<p>Die städtebauliche Standortwahl ist in der Begründung zum Bebauungsplan bereits ausführlich argumentativ behandelt worden.</p> <p>Unüberwindbare Umweltbelastungen / -auswirkungen sind aufgrund der Umweltprüfung zum Bebauungsplan nicht zu erwarten.</p> <p>Eine entsprechende Rechtsgrundlage zur Aufnahme des Bahnverkehrs als bevorzugte Anbindungsvariante in den Bebauungsplan existiert nicht, sodass entsprechende Regelungen nicht getroffen werden können.</p> <p>Ein Biotopschutz ist im Bebauungsplan nicht möglich. Es ist daher eine Befreiung beantragt (Stand: 6. Juli 2022).</p> <p>Die festgesetzte GRZ von 0,8 entspricht den Orientierungswerten des § 17 BauNVO für Gewerbe- bzw. Industriegebiete. Die maximale Gebäudehöhe wurde in GI 1 auf 403,00m üNHN und in GI 2 auf 396,00 m üNHN festgesetzt. Dabei sind ergänzend die Höhenbereichslinien gemäß Luftverkehrsrecht (Stand: 18.11.2019) bei der Berechnung der exakten Gebäudehöhe zu berücksichtigen, damit es zu keinen</p>
---	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Die Flächennutzungsplanung ist im engeren Sinn nicht Bestandteil dieses Verfahrens. Zu ihr gibt es getrennte Stellungnahmen von uns. Wichtig wäre hier lediglich, dass parallel eine entsprechende Änderung der übergeordneten Planung möglich und erwünscht ist.</p> <p>Wir schlagen eine Alternative vor für die Überplanung der freien Flächen im Bereich der Landebahn, die sich wesentlich besser in übergeordnete Planungsvorgaben einfügt: keine großflächigen Industrieansiedlungen, sondern ein Sondergebiet für die Nutzung von Energie aus nachhaltigen Quellen unter Wahrung der wichtigsten Biotope und zum Schutz der seltenen geschützten Tiere- nach sorgsamer Sanierung insbesondere im Sinne von besserem Grundwasserschutz in der Umgebung (selbstverständlich ohne Zerstörung der Biotope). Nach dem Beispiel des Stegkopfes könnte dann vorwiegend darüber diskutiert werden, wie viele Windräder oder wieviel Freiflächen-Fotovoltaik mit den Biotopen, dem Tierschutz und dem Tourismus vereinbar ist.</p> <p>Wir entnehmen den Unterlagen die besonderen Bemühungen, die seltenen Tiere im Bereich des B-Planes schützen zu wollen (insbesondere das Raubwürgerpärchen). Dass sich durch die vorgesehenen teuren Maßnahmen die Situation schlussendlich für diese sehr seltenen Tiere verbessern könnte, halten wir für eine zu optimistische Einschätzung. Wahrscheinlich werden die Tiere ebenso wie die Menschen vor Ort dem wesentlich verstärkten Lkw-Verkehr vor Ort den Rücken kehren.</p> <p>Der aktuelle Zustand ist seit mindestens 10 Jahren offensichtlich unhaltbar. Die Kläranlage des Flugplatzes z.B. leitet bereits jetzt PFAS belastetes Ablaufwasser ein in einem Umfang, der mit EU-Recht nicht vereinbar ist. Es muss eine weitere Reinigungsstufe geben, bevor überhaupt eine größere Belastung der Kläranlage durch</p>	<p>Konfliktsituationen mit dem laufenden Flugbetrieb kommt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Flächen mit entsprechender Eignung hinsichtlich der Größe und Lage für großflächige Industrie- und Gewerbeanlagen existieren nur sehr wenige, sodass hier unweigerlich ein entsprechend großes Nutzungspotenzial vorhanden ist. Vor allem für die Region ist damit auch ein großes wirtschaftliches Potenzial vorhanden.</p> <p>Eine entsprechende Abwägung der hier greifenden, zum Teil differierenden Belange ist zu Gunsten einer Nutzung als Industrie- und Gewerbestandort erfolgt. Eine Planänderung erfolgt nicht.</p> <p>Entgegen den Ausführungen des BUND ist zu erwarten, dass aufgrund der umfangreichen und mit zahlreichen Beteiligten, insbesondere Fachbehörden abgestimmten Artenschutzmaßnahmen eine erhebliche Lebensraumverbesserung für örtliche Raubwürger eintritt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
---	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>mehr Bebauung und Befestigung angedacht wird. Ähnliches gilt für die Regenwasserauffangbecken!</p> <p>Die Entwicklung hat durch den Verkauf des 52 ha großen Grundstückes vor mehr als einem halben Jahr schon eine sehr negative Entwicklung genommen, der wir nicht zugestimmt hätten, wenn wir davon gewusst hätten. Keinerlei Information über Beteiligungen vor Ort (auch nicht in den Gremien) sind hierzu zu finden. Derartiges streng geheim zu halten – das kann und darf mit dem Vertrag zwischen Zweckverband und BimA nicht vereinbar sein! Die A.R.T. war klug genug, das bereits vor Jahren in der Nähe gekaufte Grundstück zurück zu geben (im Bereich von B-Plan 9, Shelterbereich, der nun auch wieder für eine Umplanung mit Öffentlichkeitsbeteiligung ansteht) – der nächste noch größere Verkauf wird dann gleich wieder getätigt – ohne zuvor ein zeitgemäßes Sanierungskonzept vorzulegen! Diese Methoden akzeptieren wir nicht.</p> <p>Im Übrigen ist in dem Vertrag der betroffenen Gebietskörperschaften (das sind die Ortsgemeinden Röhl und Scharbillig, die Stadt Bitburg und die VG Bitburger Land) mit dem Landkreis geregelt, dass die Stimmen eines jeden Verbandsmitgliedes nur einheitlich abgegeben werden können. Das setzt aber voraus, dass alle wesentlichen Beschlüsse des Zweckverbandes zuvor in allen betroffenen Gebietskörperschaften und auf Landkreisebene getroffen werden müssen. Hierzu fehlen fast alle Informationen (von hochgerechnet lediglich 2 gemeinsamen Sitzungen im Vorfeld haben wir durch eigene Recherche Kenntnis erlangt).</p> <p>Weitere Einzelheiten: Eine als anhängend bezeichnete Planzeichnung (Plananhang: Ausgleichsflächen Röhl / Scharbillig) fehlt.</p>	<p>Die notwendigen Beschlüsse wurden in allen relevanten Gremien getroffen.</p> <p>Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen und der daraus resultierenden Änderungen wird eine Erneute öffentliche Auslegung durchgeführt. Die fehlenden Unterlagen und Gutachten werden sodann als Anlagen zur Einsichtnahme beigelegt.</p> <p>Die Begründung wird dahingehend überarbeitet, dass eine hochwasser- und starkregenangepasste</p>
--	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Hochwasser- und Starkregengefährdung ist sehr wohl gegeben, wenn Folgen des Klimawandels genauer analysiert werden. (Einer anderslautenden Bemerkung von ISU widersprechen wir.)</p> <p>In Abstimmung mit den zuständigen Genehmigungsbehörden werde von einer Versickerung abgesehen und für das Vorhaben eine Rückhaltung mit Drosselabfluss favorisiert. Das schreibt ISU. Aber die Stellungnahmen der Behörden fehlen, auf die da verwiesen wird.</p> <p>In den Beispielrechnungen für eine Reduzierung des notwendigen Rückhaltevolumens aufgrund einer extensiven Dachbegrünung fehlt die Berücksichtigung des Klimawandels: verstärkter Starkregenabfluss neben länger andauernden Trockenperioden (beides typisch für den Klimawandel) ist auch problematisch für den Bewuchs auf dem Dach: Er vertrocknet und kann dann kaum mehr etwas zurückhalten.</p>	<p>Bauweise umzusetzen ist. Ist darauf hinzuweisen, dass derzeit keine Hochwasser- und Starkregengefährdung im Plangebiet besteht.</p> <p>Die Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm hat in Ihrem Schreiben vom 20.11.2020 im Rahmen der Frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange darauf verwiesen, dass „aufgrund der gegebenen Untergrundverhältnisse [...] eine Versickerung des anfallenden Grundwassers auf den Grundstücken selbst nicht möglich [ist]. Die Entwässerung der Flächen hat mittels öffentlicher Entwässerungseinrichtungen zu erfolgen.“</p> <p>Eine entsprechende Erörterung findet sich auch im Entwässerungstechnischen Begleitplan zum Bebauungsplan Nr. 19 der Fa strateg, die im Zuge der Erneuten öffentlichen Auslegung als Anlage beigefügt wird.</p> <p>Das Rückhaltevermögen von Niederschlagswasser steht in Abhängigkeit zum gewählten Dachaufbau der Begrünung. Dabei besteht die Hauptaufgabe der Dachbegrünung in einem zeitverzögerten Abfließen des Niederschlags in die Entwässerungsanlagen. In der Regel werden zum Aufbau mehrschichtige Bauweisen verwendet, die sich aus einer Vegetationstragschicht (Speicherung von Wasser, Platz für Wurzelraum), der Dränschicht für überschüssiges Wasser und aus einem Filterfließ für Feinmaterial zusammensetzen. Die Pflanzen selbst</p>
---	--

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Es fehlt der ANHANG mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Biotop- und Nutzungstypenplan (Grünordnungsplanung, 2020) - Ökokonto VG Bitburger Land (2021) - Ausgleichsflächen Röhl / Scharfbillig (2022) - Artenschutzkonzept „Flugfeld Ost“ (2022) <p>Grundsätzliches zur weiteren Entwicklung Der B-Plan gibt sehr genau die Interessen des Investors wieder (der Fraser-Group). Deshalb ist er an den Kosten für die Aufstellung des B-Planes und den Erschließungskosten erheblich zu beteiligen.</p> <p>Mit einer vorzeitigen Baugenehmigung wären wir nicht einverstanden wegen der gravierenden ungeklärten Natur-, Umwelt-, Tierschutz- und Wasserprobleme.</p> <p>Mit eben dieser Begründung muss auch einer späteren Baugenehmigung (z.B. für eine Halle mit 100.000 Quadratmeter Grundfläche plus Parkplätzen) ein BimSch-Verfahren vorausgehen.</p> <p>Eine aktuelle Veröffentlichung (https://news.cbre.de/cbre-vermittelt-frasers-group-52-hektar-fuer-ein-kontinentaleuropaeisches-distributionszentrum-in-bitburg/) vermittelt den Eindruck, hier soll ein Bebauungsplan verabschiedet werden, der dem Investor alles erlauben wird – auf Kosten der Steuerzahler – zur eigenen Gewinnmaximierung. Hier ein Zitat aus der Veröffentlichung:</p> <p>„...Teile des Grundstücks stehen auch für eine Nutzung durch Dritte zur Verfügung...“</p>	<p>üben damit bei der Regenrückhaltung lediglich eine untergeordnete Funktion aus. Um den Pflanzen optimale Wachstumsbedingungen zu bieten, können die Dachflächen durch entsprechende Anlagen bewässert und so auch Trockenperioden überbrückt werden.</p> <p>Im Zuge der anvisierten Erneuten öffentlichen Auslegung werden die benannten Unterlagen zur Einsichtnahme veröffentlicht.</p> <p>Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Angebotsbebauungsplan.</p> <p>Gemäß der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist ein BlmSch-Verfahren im beschriebenen Fall nicht notwendig, sondern lediglich ein Baugenehmigungsverfahren.</p> <p>Es handelt sich um einen Angebotsbebauungsplan, wie oben dargestellt. Konkrete Prüfungen zu konkreten Vorhaben werden in anschließenden Genehmigungsverfahren geprüft.</p>
---	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>Es muss im B-Plan weitere Einschränkungen der Nutzung geben!</p> <p>Gemäß aktueller Planung wäre sogar ein gefährliches Schadstofflager möglich?</p> <p>Abschließende Bemerkungen: Die wertvollen Kylltalbrunnen sind in Gefahr. Im neuen Sülmer Brunnen sind die gefährlichen Chemikalien PfOS und PfHxS so deutlich zu messen, dass er für die Trinkwasserversorgung nicht mehr genutzt wird. Für die nächsten 30 Jahre wird keine wesentliche Änderung erwartet. Wichtig aber ist, jetzt Maßnahmen für die Zeit danach zu ergreifen. Und eine Weiterverteilung von PFAS im Grundwasser zu minimieren ist lange überfällig! Dafür sind zunächst die Grundwasserströme genauer darzustellen. Das Oberflächenwasser ist wahrscheinlich nicht das größte Problem. Eine besondere Bedeutung hat die N-S Störung, die wir nachfolgend gelbe Linie eingezeichnet haben. Grundlage für die Grafik links ist Abbildung 47 auf Seite 121 im Gutachten von BNL Petry 2019. Die Farben Rot, Orange und Gelb geben die Altlasten- und PfC-Belastung wieder in den Abstufungen für sehr hohe, hohe und geringere Belastung. Rechts daneben eine Kopie der Kylltalkarte Blatt Nord.</p>	<p>Soll eine Anlage errichtet werden, die gemäß ihrer Beschaffenheit oder der Art des Betriebes dazu geeignet ist, schädliche Umwelteinwirkungen hervorzurufen, ist zur Errichtung eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung gem. Bundes-Immissionsschutzgesetz erforderlich. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass es zu keinen Beeinträchtigungen schutzwürdiger Nutzungen kommt.</p> <p>Wie bereits oben kommentiert, werden erhebliche Grundwassergefährdungen nicht erwartet und ein etwaiger weitergehender Untersuchungsbedarf nicht als erforderlich erachtet.</p>
--	--

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Gemäß ordnungsgemäßer Pflege hätten die Biotope im Bereich der Landebahn zweimal im Jahr gemäht werden müssen und der Aufwuchs verbrannt werden. Auch das hätte den PFAS-Austrag etwas verringert. Es ist zynisch, wenn der Gutachter jetzt andeutet, durch fehlende Pflege drohe ohnehin eine Verbuschung und die unzureichenden Ausgleichsmaßnahmen als besser für die zukünftige Entwicklung lobt. Wir fordern eine sachgemäße Pflege der Biotope und konsequente Maßnahmen zur Umsetzung – auch in dem Bereich, der noch für fliegerische Nutzung zur Verfügung steht und im östlichen Bereich der Landebahn! Beide Bereiche wurden gerade neu kartiert. Die neue Kartierung im Auftrag des Landesamtes bestätigt wertvolle Biotope gerade an der Grenze zum neuen B-Plan.

Grundsätzlich sollte gerade im ländlichen Raum selbstverständlicher Standard sein, ganz andere B-Pläne für Industrie oder Gewerbegebiete aufzustellen, sofern dafür überhaupt ein Bedarf besteht – nur unter stringenter Berücksichtigung nachhaltiger, ökologischer, ökonomischer und sozialer Kriterien (weiterführende Hinweise z.B. auf <http://www.zeroemissionpark.de/>)“

Die angesprochenen Pflegemaßnahmen wurden durch den eigens eingeschalteten Herrn Dr. Christian Dietzen (Projektleitung Vogelmonitoring Rheinland-Pfalz) fachlich dringend empfohlen.

Durch das Artenschutzkonzept „Flugfeld Ost“ werden entsprechende Maßnahmen nun auch östlich – außerhalb des eigentlichen Bebauungsplans – wie vom BUND angeregt umgesetzt.

Beschluss: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und die Begründung redaktionell überarbeitet. Ein erhöhtes Grundwassergefährdungspotenzial ist für das Plangebiet nicht erkennbar, sodass ein vertiefendes hydrologisches Gutachten nicht sinnvoll erscheint. Die Arten- und Naturschutzbelange wurden ordnungsgemäß abgearbeitet, sodass nicht von offenen Defiziten auszugehen ist. Im weiteren Verfahren sind die Ergebnisse des Befreiungsantrags zu berücksichtigen. Eine Änderung der Nutzungsart

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

des Plangebietes in ein Sondergebiet für die Nutzung von Energie aus nachhaltigen Quellen unter Wahrung der wichtigsten Biotope und zum Schutz der seltenen geschützten Tiere erfolgt nicht. Die Abwägung der differierenden Belange ist aufgrund der Größe und Eignung des Plangebietes zugunsten einer gewerblichen Nutzung ausgefallen. Fehlende Unterlagen werden im Zuge der Erneuten öffentlichen Auslegung zur Einsicht bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung: